

Hinweis: der Redaktion:

Das nächste Grenzfriedensheft erscheint nicht — wie gewohnt — Ende September, sondern anlässlich des 700 jährigen Jubiläums der Stadt Flensburg als Doppelheft 3/4 ca. Mitte November 1984.

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2001020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Jürgen Zeh</i> Nordschleswig	53
<i>Ralf Deppe</i> Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark — ein Überblick	69
<i>Ludwig Eiber</i> Neuengamme und die Folgen	83
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Das KZ Ladelund 1944	93
<i>Peter Iver Johannsen / Karl Kring</i> Gegenwart und Zukunft des Grenzlandes aus der Sicht der beiden Minderheiten	102
Umschau ab Seite 115	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

Nordschleswig

Eine sprachsoziologische Betrachtung

Für ein soziales Gebilde, das seine kulturelle Identität und seinen Zusammenhalt aus der gemeinsamen Sprache seiner Mitglieder ableitet, ist es eine wesentliche Existenzbedingung, daß diese Sprache als gemeinsames Kommunikationsmittel zwischen seinen Mitgliedern erhalten bleibt. Das bereitet dann keine Schwierigkeiten, wenn die Mitglieder dieses sozialen Gebildes allein die Bevölkerung ihres Siedlungsgebietes ausmachen und wenn ihre Sprache das einzige (offizielle) Verständigungsmittel in allen kommunikativen Beziehungen darstellt. Eine solche Situation, gekennzeichnet durch individuellen Uni- oder Monolingualismus¹ und durch gesellschaftliche Monoglossie,² wird auch noch nicht dadurch entscheidend verändert, wenn verschiedene Sprachvarietäten³ hinzutreten, die in ihren Kommunikationsfunktionen aber beschränkt sind. Solche Sprachvarietäten sind insbesondere die Dialekte,⁴ die regional begrenzte Abarten einer H-Sprache⁵ darstellen, sowie die Soziolekte⁶ als Folgen sozialer Differenzierungserscheinungen. Eingeschränkte Diglossie⁷ und partiell verbreiteter Bilingualismus⁸ dieser Art können die Funktionsfähigkeit und das Durchsetzungsvermögen einer von fast allen verstandenen und gesprochenen Hoch-Sprache kaum beeinträchtigen.

Das sieht anders aus in solchen Regionen bzw. Staaten, in denen verschiedene Hoch-Sprachen als Kommunikationsmittel verwendet werden und wo jede dieser Sprachen kulturelles Kennzeichen für ein soziales Gebilde ist. Diglossie bzw. Multiglossie als gesellschaftliches Sprachorganisationsprinzip der Region ist in diesem Falle üblicherweise Sprachplanungsmaßnahmen⁹ politischer Entscheidungsinstanzen unterworfen, mit dem Ziel, den einzelnen Sprachen und den damit verbundenen Sprachgemeinschaften¹⁰ einen ganz bestimmten Platz im gesellschaftlichen und staatlichen Ganzen zuzuordnen. Mit solchen Regelungen wird z. B. nicht nur ausdrücklich festgelegt, welche Sprache(n) in bestimmten Sprachdomänen (etwa in den Hochsprachdomänen Regierung, Bildung und Religion)¹¹ Verwendung finden können bzw. sollen, sondern es wird außerdem indirekt darüber entscheiden, wie sich auf dieser Basis die sozialen und kommunikativen Beziehungen innerhalb der verschiedenen Sprachgemeinschaften und zwischen ihnen entwickeln werden.

Um Aussagen darüber machen zu können, ist es nützlich, sich den sprachlichen Rahmen in einer mehrsprachigen Region bzw. Gesellschaft vor Augen zu führen. Anknüpfungspunkte dafür sind insbesondere

- die individuellen Sprachkenntnisse und die damit in Verbindung stehende Verbreitung von Zwei- und Mehrsprachigkeit;
- die Zuordnung von Sprachen und gesellschaftlichen Domänen;
- die in diesem Umfeld erfolgende sprachliche Sozialisation und Enkulturation und die darin zum Ausdruck kommende normative Verankerung eines bestimmten Sprachverhaltens und seine Kontrolle durch die Sprachgemeinschaft.¹²

Die zum Teil unterschiedliche Ausgestaltung dieser gesellschaftsbestimmenden Faktoren kann am Beispiel Nordschleswigs dokumentiert werden, wo ein deutschsprachiger Bevölkerungsteil (ca. 15 — 20 000 Personen) als Streuminderheit inmitten der dänischsprachigen Mehrheitsbevölkerung lebt (ca. 225.000 Personen).¹³

a) Diglossie und Bilingualismus

Zieht man zunächst das von Fishman verwendete, auf den Begriffen Diglossie und Bilingualismus aufbauende Schema zur Charakterisierung der sprachlichen Gegebenheiten in einer Gesellschaft heran,¹⁴ so ist die sprachliche Situation im dänischen Landesteil Sønderjylland/Nordschleswig durch das gemeinsame Vorkommen von Diglossie *und* Bilingualismus gekennzeichnet. Diglossie kann sich dabei einmal auf die Zweiteilung der nordschleswigschen Bevölkerung in zwei Sprachgemeinschaften — die dänische und die deutsche — beziehen. Hier dient Diglossie allein der Kennzeichnung einer gesellschaftlichen Situation, die sich von anderen durch das Vorhandensein mehrerer, voneinander mehr oder weniger deutlich getrennten sprachlichen Gruppierungen abhebt.¹⁵ Zum anderen kann Diglossie auf die Verhältnisse innerhalb der beiden Sprachgemeinschaften bezogen werden: Je nach Gesprächspartner und Gesprächszweck werden verschiedene Sprachen verwendet; Diglossie ist hier eher als Ausdruck funktionaler Differenzierung zu verstehen.¹⁶ In dieser sozusagen doppelt diglossischen Situation ist ein weiteres Faktum bemerkenswert. Den Mitgliedern der beiden Sprachgemeinschaften stehen nicht nur zwei, sondern drei Sprachen¹⁷ für Kommunikationszwecke zur Verfügung. Neben den beiden Hoch- und Schriftsprachen Deutsch und Dänisch gibt es noch das Plattdänische (Sønderjysk), einen auf dem (Reichs-)Dänischen beruhenden Dialekt.¹⁸ Diese Regionalsprache wird von großen Teilen der deutschen und dänischen Bevölkerung gesprochen,¹⁹ insbesondere der alteingesessenen, und hat in beiden Sprachgemeinschaften die Funktion einer Umgangssprache (L-Sprache). Daneben erlaubt das Plattdänische auch die Kommunikation zwischen den Angehörigen der beiden Sprachgemeinschaften, ohne daß die (hoch-) sprachliche Identität der Sprecher preisgegeben werden muß. Auf solche Besonderheiten des Sprachgebrauchs ist an anderer Stelle noch näher einzugehen (vgl. Abschnitt b).

Die sich unmittelbar ergebende Frage, warum in diesem Zusammenhang nicht auch von einer plattdänischen Sprachgemeinschaft in Nordschleswig gesprochen wird, ist unter Hinweis auf die historische Entwicklung zu beantworten. Im Zeitalter des Nationalismus wurden die Sprachen zunehmend zu Objekten politischen Kampfes.²⁰ Für das ehemalige Herzogtum Schleswig, zwischen Deutschland und Dänemark umstritten, bedeutete das, daß seine Bewohner die Funktionen symbolischer Integration auf die beiden Referenzsprachen Deutsch und Reichsdänisch übertrugen, je nach nationaler Gesinnung. Unter dem zusätzlichen Aspekt eines Mehrheits-Minderheits-Verhältnisses zwischen dänischer und deutscher Sprachgemeinschaft waren die beiden Hochsprachen zwischenzeitlich sogar noch verstärkt zu ideologisch fixierten Größen geworden,²¹ seit den 1950er Jahren sind sie hauptsächlich Ausdruck kultureller Identität. In diesem Rahmen vermag Plattdänisch höchstens dann einmal integrativ zu wirken, wenn es um regionale Belange geht, ansonsten ist es in seiner Funktion auf mündliche Verständigung beschränkt. Insoweit ist Plattdänisch zwar konstituierendes Merkmal einer Sprachgemeinschaft im weiteren linguistischen Sinne;²² diese ist aber nicht mit den beiden anderen vergleichbar, weil dort der Bezugsgruppencharakter viel stärker hervortritt.

Mehrsprachigkeit der Bevölkerung sollte ein weiteres Kennzeichen der sprachlichen Situation Nordschlewigs sein. Mehrsprachigkeit in einer diglossischen Gesellschaft bedeutet in der Regel nicht, daß alle Mitglieder dieser Gesellschaft mehrsprachig sind und daß die Sprachkompetenz²³ der mehrsprachigen Personen gleichmäßig ausgebildet ist. Angesichts der Zweiteilung der nordschleswigschen Bevölkerung in zwei Sprachgemeinschaften, deren Sprachrepertoire drei Sprachen umfaßt, sind erhebliche Unterschiede in den individuellen Repertoires zu erwarten.

So hat man in der dänischen Sprachgemeinschaft zu unterscheiden zwischen Einsprachigen (Dänisch), Zweisprachigen (Dänisch-Plattdänisch, Dänisch-Deutsch) und Dreisprachigen (Dänisch-Plattdänisch-Deutsch).²⁴ Versucht man, das Ausmaß an Mehrsprachigkeit zu ermitteln, so stößt man in empirischen Untersuchungen, die Auskunft darüber geben könnten, auf das Problem, daß häufig nicht zwischen Plattdänisch und Reichsdänisch unterschieden wird²⁵ oder daß bei vorhandener Unterscheidung die Angaben nicht ausreichen, um eine differenzierte Aussage über Mehrsprachigkeit abzuleiten. Nach Svalastoga/Wolf sprachen 1958 von den Mitgliedern der dänischen Sprachgemeinschaft in Tondern 65 % Deutsch; 31 % können auf Plattdänisch zählen,²⁶ immerhin ein vager Anhaltspunkt für die Verbreitung des Plattdänischen in dieser Sprachgemeinschaft. Für 1971 ergeben sich, bezogen auf ganz Nordschleswig, die folgenden Hinweise: 10 % der in Nordschleswig aufgewachsenen Angehörigen

der dänischen Sprachgemeinschaft (= Mehrheitsbevölkerung) haben auf Deutsch sprechen gelernt,²⁷ mindestens 41 % dieses Personenkreises können Plattdänisch sprechen.²⁸ Da das niedriger anzusetzende Zweitsprachenrepertoire der nicht in Nordschleswig aufgewachsenen Angehörigen der dänischen Sprachgemeinschaft zahlenmäßig nicht erfaßt ist, würden weitergehende Aussagen über die Verbreitung von Mehrsprachigkeit in der dänischen Sprachgemeinschaft in Nordschleswig rein spekulativ sein.

In der deutschen Sprachgemeinschaft sind nur ca. 3 % einsprachig. 21 % sind zweisprachig — je zur Hälfte Deutsch-Plattdänisch und Deutsch-Dänisch — und ca. 76 % sind dreisprachig.²⁹ Diese auf Selbsteinstufungen (Skalenwerte 0-21) beruhenden Angaben zum eigenen Sprechvermögen verändern sich etwas, wenn man davon ausgeht, daß eine sehr niedrige Einschätzung der Kenntnisse in einer Sprache (Skalenwerte 1-4) auf geringe kommunikative Kompetenz³⁰ in dieser Sprache schließen läßt. Unter Berücksichtigung dieser Modifikation ergeben sich Anteile von 67 % für Dreisprachigkeit, 29 % für Zweisprachigkeit (17 % Deutsch-Plattdänisch, 12 % Deutsch-Dänisch) und 3 % für Einsprachigkeit.

Mehrsprachigkeit ist demnach in der deutschen Sprachgemeinschaft fast die Regel und somit erheblich verbreiteter als in der dänischen Sprachgemeinschaft. Dazu trägt u. a. bei, daß die beiden H-Sprachen einen unterschiedlichen Stellenwert in den Schulsystemen zugeordnet bekommen. Im staatlichen dänischsprachigen Schulsystem, das von den Mitgliedern der dänischen Sprachgemeinschaft absolviert wird, aber auch der deutschen Sprachgemeinschaft offensteht, wird z. B. dem Deutschen keine privilegierte Stellung mehr als Fremdsprache eingeräumt.³¹ Die Deutschkenntnisse in der dänischen Sprachgemeinschaft werden sich deshalb eher noch weiter vermindern. Inwieweit die hohen Einschaltfrequenzen für die deutschsprachigen Fernsehprogramme aus der Bundesrepublik³² ein zumindest passives deutschsprachiges Verständigungspotential in der dänischen Sprachgemeinschaft schaffen, wäre durchaus untersuchenswert.

Demgegenüber wird im privaten deutschsprachigen Schulwesen, das bis zur Hochschulreife führt. Dänisch ab der 3. Klasse als Pflichtfremdsprache unterrichtet, so daß die Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft in der Regel mehrsprachig aufwachsen (Plattdänisch-Deutsch-Dänisch, Deutsch-Dänisch). Das gilt meistens auch dann, wenn die Kinder das dänischsprachige Schulsystem absolvieren. Diese unterschiedlichen Sprachkenntnisse in den Sprachgemeinschaften sind in engem Zusammenhang mit dem Sprachgebrauch in Nordschleswig zu sehen, dessen Regulative nun näher betrachtet werden sollen. Dabei wird die sprachliche Heterogenität in beiden Sprachgemeinschaften zu beachten sein, die sich aus dem gleichzeitigen Auftreten von individueller Ein-, Zwei- und Dreisprachigkeit ergibt.

b) Gesellschaftliche Domänen des Sprachverhaltens

In allen Sprachgemeinschaften, in denen verschiedene Sprachvarietäten benutzt werden, gibt es mehr oder weniger fixierte Regeln darüber, wer mit wem in welcher Sprache wann worüber und wozu spricht.³³ Dieser auf das Individuelle und Situative abzielenden Betrachtungsweise kann man einen eher makroanalytischen Ansatz zur Seite stellen, der das Sprachverhalten in gesellschaftlichen Domänen in den Mittelpunkt stellt.³⁴ Als besonders wichtige Domänen werden dabei Haus (Familie), Nachbarschaft, Freundschaft, Schule und Kultur (Erziehung und Bildung), Religion (Kirche), Beruf (Arbeitsplatz) sowie Regierung und Verwaltung genannt.³⁵ Einige dieser Domänen sollen nun unter Berücksichtigung der spezifisch nordschleswigschen Verhältnisse näher betrachtet werden.

Reichsdänisch ist seit 1920 offizielle Landessprache, d. h. Verwaltung, Gerichte, öffentliches Schulwesen, Dänische Volkskirche, Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen etc. und die (anonyme) Öffentlichkeit³⁶ sind auf den Gebrauch dieser Sprache ausgerichtet. Für die Angehörigen der dänischen Sprachgemeinschaft ist die eigene H-Sprachvarietät in diesen Domänen somit universell verwendbar. Die H-Sprache der deutschen Sprachgemeinschaft ist hier dagegen ohne Gebrauchswert, da die deutsche Sprache, die vor 1920 in diesen Domänen dominierend war, seitdem fast ausschließlich der Kommunikation innerhalb der deutschen Sprachgemeinschaft vorbehalten ist. Das bedeutet nun aber nicht, daß die Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft in diesen Domänen unbedingt auf das Dänische angewiesen sind. Denn nach 1920 haben sich für einige dieser offiziell dänischsprachig geprägten Domänen ebenso offizielle, aber deutschsprachige Paralleldomänen herausgebildet, die durch die grenznahe Lage Nordschleswigs und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 noch eine besondere Förderung erfahren haben. Hier sind zu nennen etwa das private deutschsprachige Schulwesen, deutschsprachige Seelsorge im Rahmen der Dänischen Volkskirche und der Nordschleswigschen Gemeinde der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein, deutschsprachige Organisationen, deutschsprachige Publikationen der deutschen Minderheit (u. a. eine Tageszeitung) und aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Radio- und Fernsehsendungen aus der Bundesrepublik. Die Angehörigen beider Sprachgemeinschaften hätten somit in den Domänen mit Paralleldomänen sozusagen ein Wahlrecht. Dieses findet jedoch seine Begrenzung in den sozialen Kontrollmechanismen, die in beiden Sprachgemeinschaften wirksam sind und die letztlich auf die Domänen der eigenen Sprachgemeinschaft verweisen. Bei der dänischen Sprachgemeinschaft wird diese Tendenz dadurch unterstützt, daß ihre H-Sprache einen höheren Status (offizielle Landessprache) und damit einen

größeren Gebrauchswert im Lande hat als die H-Sprache der deutschen Sprachgemeinschaft.³⁸ Den Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft wird dagegen das Eindringen in Domänen der dänischen Sprachgemeinschaft erleichtert, da die Aneignung von Kenntnissen im Dänischen auch im deutschsprachigen Schulsystem zwangsläufig erfolgt. Diesem sprachlichen Assimilationssoz von außerhalb der deutschen Sprachgemeinschaft steht ein Anpassungsdruck von innerhalb gegenüber, der auf die Erhaltung der Sprachgemeinschaft als soziales Gebilde hinausläuft. Das Fortbestehen der deutschen Sprachgemeinschaft ist aber allein im Rahmen der Selbststrukturierung denkbar, so daß das Augenmerk auf die Bedingungen sprachlicher Sozialisation und Enkulturation gelenkt wird (vgl. Abschnitt c).

Die o. a. Zuordnung der beiden H-Sprachen zu offiziell anerkannten Sprachdomänen der beiden Sprachgemeinschaften sagt zwar etwas über die generelle sprachliche Ausrichtung der Domänen aus, läßt aber noch keinen Aufschluß über die tatsächliche Sprachverwendung zu. Ebenso wurden die „klassischen“ L-Sprachendomänen (Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis) noch nicht berücksichtigt. Es zeigt sich, daß im Familienkreis von den in Nordschleswig aufgewachsenen Angehörigen der dänischen Sprachgemeinschaft ca. 60 % Dänisch und ca. 40 % Plattdänisch sprechen.³⁹ Plattdänisch spielt in der dänischen Sprachgemeinschaft also nicht die Rolle einer dominierenden L-Varietät. Das sieht anders aus in der deutschen Sprachgemeinschaft, in der im Familienkreise Plattdänisch vorherrscht (ca. 57-67%). Deutsch von ca. 27-49 % gesprochen wird und auch Dänisch mit ca. 2-19 % vorkommt, je nach Befragtenkreis und Erhebungsmodus.⁴⁰ Im Freundeskreis sieht die Verteilung ähnlich aus: Plattdänisch 70 %, Deutsch 41 %, Dänisch 22 %.⁴¹ Die weitergehende Bedeutung des Plattdänischen für die Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft geht aber erst aus der Betrachtung der Domäne „Ämter“ hervor: 54 % geben an, dort Dänisch zu sprechen, 53 % benutzen Plattdänisch.⁴² Obwohl die Verwaltung eine offizielle Domäne der dänischen Sprache ist, kann die deutschsprachige Bevölkerung bei Gesprächen in Verwaltungsstellen mit Hilfe des Plattdänischen in gewissem Ausmaße der Anpassung an die offizielle Sprachordnung, wie sie durch die politischen Gegebenheiten vorgezeichnet wurde, ausweichen.

Die Überlegungen zur Sprachdomäneneinteilung in Nordschleswig auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sollen in Übersicht 1 eine Systematisierung erfahren.⁴³ Generell können die Sprachen den Domänen in unterschiedlicher Weise zugeordnet werden:

— Einmal kann man sich an den relativen Häufigkeiten orientieren, mit denen die Sprachen in einer Domäne überhaupt verwendet werden, und die

Sprache mit dem höchsten Anteil wird dieser Domäne dann zugeordnet, u. U. hat man es auch mit einer zweisprachigen Domäne zu tun.⁴⁴ Dabei geht man allerdings von der Vorstellung aus, alle Mitglieder der betrachteten Sprachgemeinschaft verfügten über annähernd gleiche sprachliche Repertoires (sprachliche Homogenität der Sprachgemeinschaft), so daß die Zuordnung von Sprache und Domäne allein auf gesellschaftliche Wert- und Normvorstellungen zurückzuführen ist. Im Ergebnis erhalte man für eine Sprachgemeinschaft eindeutig gekennzeichnete sprachgleiche oder sprachseparierte Domänen, wie es bei Fishman dargestellt ist.⁴⁵

— Diese Vorgehensweise erscheint etwas zu grob gerastert, wenn Sprachgemeinschaften sprachlich heterogen sind, wie das in besonderem Ausmaße auf die deutsche Sprachgemeinschaft in Nordschleswig zutrifft. Hier böte sich an, in den einzelnen, durch ihre Sprachrepertoires unterschiedlich gekennzeichneten Subgruppen der Sprachgemeinschaft die Zuordnung von Domänen und Sprachen zu untersuchen, wobei eine ähnliche Eindeutigkeit der Zuordnung erreicht würde wie im vorher geschilderten Falle. Will man eine solche Segmentierung der Sprachgemeinschaft vermeiden⁴⁶ — was sinnvoll erscheint, wenn es um eine makroanalytische Betrachtung geht —, dann wird sich der Sprachgebrauch in den Domänen entsprechend differenzierter darstellen. Eindeutige Zuordnungen von Domäne und Sprache werden dann seltener sein. Eine solche Situation, in der in einer Sprachgemeinschaft der Sprachgebrauch in einer Domäne nicht einheitlich ist, könnte mit der einer Gesamtgesellschaft verglichen werden, in der mehrere Sprachen Vorkommen und auf die die Begriffe Diglossie und Bilingualismus anwendbar sind. Analog könnten danach Domänen unterschieden werden, in denen

1. nur eine Sprache gesprochen wird (einsprachige Domänen);
2. mehrere Sprachen Vorkommen, von Subgruppen der Sprachgemeinschaft, aber jeweils nur eine verwendet wird (diglossische Domänen);
3. zwei oder mehrere Sprachen Vorkommen, die von den (zwei- oder mehrsprachigen) Sprechern beliebig austauschbar verwendet werden (rein bi- bzw. multilinguale Domänen);
4. die Merkmale diglossischer und bilingualer Domänen gleichzeitig vorhanden sind.

Übersicht 1:

Gesellschaftliche Sprachdomänen in Nordschleswig

(Angaben zum Sprachgebrauch in %)

Sprachgemeinschaft Domäne	deutsche ⁴⁷					dänische		
	dt	p	d	dt/p	dt/d	d/p	d	p
Familie/privat	31	39	10	14	—	—	60	40

Freunde	16	49	8	13	6	—	X	X
Öffentlichkeit	5	41	30	—	—	14	X	X
Ämter	—	45	45	—	—	6	X	
Kirche	74	8	9	—	—	—	X	
Schule/Lehrer	71	9	15	—	—	—	X	
Schule/Schüler	44	30	16	—	—	—	X	
Arbeit/Kollege	11	58	20	—	—	—	X	X
Arbeit/Vorgesetzter	18	46	26	—	—	—	X	
Arbeit/Untergebener	10	50	27	5	—	6	X	

dt = deutsch p = plattdänisch d = dänisch

— = weniger als 5 % x = wahrscheinlich am meisten gesprochen

Für die dänische Sprachgemeinschaft in Nordschleswig — mit Reichsdänisch als generell verbreiteter H-Varietät und Plattdänisch als partiell verbreiteter L-Varietät — lassen sich danach die folgenden Zuordnungen vornehmen:

— Staatlich institutionalisierte Domänen (Schule, Kirche, Ämter) und formell strukturierte soziale Beziehungen innerhalb anderer Domänen (z. B. Arbeit: Vorgesetzter-Untergebener) sind einsprachig (Reichsdänisch).

— Die als L-Domänen geltenden Primärgruppenbereiche (Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft) und informelle soziale Beziehungen innerhalb anderer Domänen (z. B. Arbeit: unter Kollegen) können als diglossische Domänen bezeichnet werden, der plattdänische Sprachgebrauch ist jedoch insbesondere dem autochthonen Teil der Sprachgemeinschaft vorbehalten.

— Für die Herausbildung von rein bilingualen bzw. zusätzlich bilingualen Domänen gibt es keine konkreten Hinweise. Das schließt das Vorkommen auf individueller Ebene nicht aus, was aber belanglos bleibt, solange nicht die Sprachgemeinschaft als Ganzes in erheblichem Maße davon betroffen ist.

Die deutsche Sprachgemeinschaft — mit Deutsch als generell verbreiteter H-Varietät sowie Dänisch und Plattdänisch als partiell verbreiteter H- bzw. L-Varietät zeigt erwartungsgemäß eine andere Zuordnungsstruktur:

— Einsprachigkeit von Domänen, wie sie in den Paralleldomänen Schule und Kirche erwartet werden konnte, kann nicht konstatiert werden. Zwar dominiert das Deutsche eindeutig, aber das Parallelangebot der dänischsprachigen Domänen wird auch von Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft genutzt. Es wird auch deutlich, daß die offizielle sprachliche Ausrichtung einer Domäne nicht unbedingt alle dort ablaufenden sprachlichen Kommunikationsakte abdeckt. So wird in der Kirche Plattdänisch gesprochen, obwohl es nicht Kultussprache ist, und in der Schule ist Deutsch zwar als Unterrichtssprache unangefochten, wird aber in der eher informellen Kommunikation zwischen den Schülern in erheblichem Maße durch Plattdänisch ersetzt. Insoweit kann die

Zuordnung von Sprache und Domäne irreführend sein, wenn nicht die Rollenbeziehungen innerhalb einer Domäne berücksichtigt werden.⁴⁸ Das zeigt auch die Domäne „Arbeit“, in der die L-Sprache zwischen (gleichgestellten) Kollegen häufiger vorkommt als in Vorgesetzter-Untergebener-Beziehungen.

— Multiglossische Domänen sind deshalb die Regel in der deutschen Sprachgemeinschaft, von der bedeutungsvollen Ausnahme der diglossischen Domäne „Ämter“ („Öffentlichkeit“) abgesehen. Darin kommt die Heterogenität der Sprachgemeinschaft, gemessen an den unterschiedlichen Sprachkenntnissen ihrer Mitglieder, zum Ausdruck. Der soziale Hintergrund dieser Heterogenität wird im privaten Bereich sichtbar, in dem das Vorkommen des Dänischen auf „Mischehen“ zwischen Angehörigen der deutschen und der dänischen Sprachgemeinschaft hinweist.

— Die gleichzeitige Nennung zweier Sprachen könnte zusätzlich Bilingualität einiger Domänen bedeuten, d. h. innerhalb einer Domäne sprechen die Kommunikationspartner zwei — im Idealfalle beliebig austauschbare — Sprachen; im konkreten Falle wird die Sprachwahl jedoch mit der inhaltlichen Ausgestaltung des Gespräches variieren.⁴⁹ Wahrscheinlicher ist jedoch im vorliegenden Falle die Dateninterpretation, daß jemand im Rahmen dieser Domänen kommunikative Beziehungen zu Personen unterhält, die verschiedenen Sprachgemeinschaften angehören, und mit denen er deshalb jeweils in einer anderen Sprache spricht. Das gilt insbesondere für die Domänen Freundeskreis, Öffentlichkeit und Arbeitsplatz. In der privaten, familialen Domäne muß dagegen mit „echter“ Bilingualität gerechnet werden, wenn man die folgenden ergänzenden Daten berücksichtigt: Von den Befragten einer Untersuchung⁵⁰ sprachen 7 % mindestens zwei Sprachen mit den Eltern, 10 % mit dem Ehegatten und 16 % mit den Kindern. Damit ist die Frage der sprachlichen Sozialisation unmittelbar angesprochen.

c) Sprachliche Sozialisation

In einer von Diglossie und Bilingualismus geprägten Region ist für die Bewohner Sprachkontakt⁵¹ fast unausweichlich: Für die Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft zu fast 100 %, für die Angehörigen der dänischen Sprachgemeinschaft in geringerem Ausmaße. Dieser im Individuum zustandekommende Sprachkontakt hängt eng mit den Umständen zusammen, unter denen der Spracherwerb erfolgt. Dabei könnte die Unterscheidung zwischen koordiniertem und kompositionellen Spracherwerb nützlich sein:⁵² Kompositionen (compound) soll er dann sein, wenn ein Kind im landläufigen Sinne zweisprachig aufwächst⁵³ (childhood bilingualism), ohne daß einer der beiden Sprachen ein instrumentaler Charakter beim Sprachlernen zukommt. Im Ergebnis wird das Kind zu einer Zweisprachigkeit gelangen, die als individuelle Mischform der von

Weinreich unterschiedenen Typen A (separate) und B (compound) zu bezeichnen sein wird.⁵⁴ Koordinierter (coordinate) Spracherwerb soll sich dagegen auf die Fälle beziehen, in denen eine Sprache im Elternhaus erlernt wurde und eine zweite unter Zuhilfenahme der ersten während der Schulzeit oder in anderen sozialen Bezügen hinzukommt (indirekte Methode),⁵⁵ wobei sich u. U. beide Sprachen in ihren Verwendungszusammenhängen unterscheiden können.

Hinweise auf kompositionellen Spracherwerb in Nordschleswig finden sich bei Elklit et.al.⁵⁶ Danach haben 5 % der in Nordschleswig aufgewachsenen Angehörigen der dänischen Sprachgemeinschaft auf Dänisch und Deutsch sprechen gelernt, wobei Dänisch hier auch Plattdänisch umfaßt. In der deutschen Sprachgemeinschaft haben 11 % auf diese Weise sprechen gelernt. Verglichen mit den Angaben zum Bilingualismus in beiden Sprachgemeinschaften kann vermutet werden, daß danach der kompositionelle bilinguale Spracherwerb (im Elternhaus) von erheblich geringerer Bedeutung ist als der koordinierte (außerhalb des Elternhauses, vor allem in der Schule), der ja zumindest bei den Absolventen des deutschsprachigen Schulsystems zwangsläufig erfolgt.

Betrachtet man diese Phasen des Spracherwerbs im Elternhaus näher, so wird man zu berücksichtigen haben, daß der Sprachgebrauch in mehrsprachigen Familien in Abhängigkeit von den Kommunikationspartnern variieren kann, etwa, indem die Eltern im Gespräch untereinander eine andere Sprache verwenden als im Gespräch mit den (noch kleinen) Kindern.⁵⁷ Man hat es dann mit zwei Primärsprachen zu tun, von denen die gegenüber den Kindern gebrauchte zunächst Gegenstand des sogenannten „endogenen“ Sprachlernens ist.⁵⁸ Das schließt nicht aus, daß die Kinder allmählich auch die andere Primärsprache im Elternhaus erlernen, so daß im Endeffekt die Kommunikation zwischen Eltern und größer gewordenen Kindern über beide Primärsprachen ablaufen kann, u. U. sogar vermehrt über die als zweites erlernte Sprache. Die von Elklit et.al. übernommenen Werte, die als gleichzeitig einsetzender kompositioneller bilingualler Spracherwerb gedeutet werden können, sind deshalb gedanklich um den Anteil derer zu ergänzen, deren bilingualler Spracherwerb im Elternhaus sozusagen zeitlich versetzt erfolgt ist, ohne aber deshalb koordinierter Spracherwerb zu sein. Das Übergewicht des koordinierten über den kompositionellen bilinguallen Spracherwerb in Nordschleswig würde dadurch reduziert.

Die sprachliche Primärsozialisation der Kinder im Elternhaus hängt zunächst — eine Banalität — von den Sprachkenntnissen und dem Sprachgebrauch der Eltern ab. Dieser endogene Erwerb der Primärsprache(n) wird mit zunehmender Erweiterung des sozialen Beziehungsgefüges über das Elternhaus hinaus ergänzt: Das Repertoire der Primärsprache(n) erweitert sich, wenn sie auch anderswo gesprochen wird (werden) — z. B. im Kindergarten —, und es kommt

zum Kontakt mit Sekundärsprachen, deren Verwendungsbereich außerhalb des Elternhauses liegt (z. B. Nachbarschaft, Öffentlichkeit). Für die meisten Kinder aus der deutschen Sprachgemeinschaft bedeutet dies, daß sie schon vor Schuleintritt die in Nordschleswig gesprochenen Sprachen im Gespräch erlebt haben, was freilich nicht mit individuell gleicher Kompetenz und Performanz⁵⁹ in allen Sprachen gleichzusetzen ist. Ein solcher Ausgleichungsprozeß im Rahmen individueller Zwei- oder Dreisprachigkeit findet erst im Laufe der weiteren sprachlichen Sozialisation statt: Immerhin 76 % der Befragten aus der deutschen Sprachgemeinschaft (alle über 16 Jahre) bewerten ihr Sprechvermögen in 2 bzw. 3 Sprachen gleich.⁶⁰ Das läßt darauf schließen, daß angesichts der relativ geringen Bedeutung des kompositionellen Spracherwerbs in der vorschulischen Sozialisationsphase ein später erfolgender koordinierter Spracherwerb (auch im Sinne des Fremdsprachenlernens in der Schule) letztlich auch zu individuell gleich eingeschätztem Sprechvermögen in den erlernten Sprachen führen kann.⁶¹

Anfangs erfolgt der Erwerb von Primär- und Sekundärsprachen, die H- und L-Varietäten sein können, als mündliches Sprachlernen. In einer zweiten Phase der sprachlichen Sozialisation, die formell mit dem Schuleintritt beginnt, kommt die Schriftlichkeit von H-Sprachen als Spracherfahrung hinzu. In den meisten Fällen wird damit die Aneignung einer vom Kind schon gesprochenen Sprache intensiviert, dann nämlich, wenn eine endogen erlernte H-Sprache mit der Unterrichtssprache in der Schule übereinstimmt. Hier liegt eine Entscheidung der Eltern zugrunde, die zu Kongruenz zwischen der endogen vermittelten Primärsprache und der im ausgewählten (deutsch- bzw. dänischsprachigen) Schulsystem üblichen Unterrichtssprache führt. Denkbar ist aber auch, daß die Sprache, in der das Kind bis dato ein Höchstmaß an Kompetenz erreicht hat, nicht Unterrichtssprache wird. Das gilt für alle Elternhäuser, in denen hauptsächlich Plattdänisch gesprochen wird oder in denen aus pragmatischen Erwägungen (gründlichere Erziehung zur Zweisprachigkeit; Assimilation) eine Entscheidung für das anderssprachige Schulsystem gefällt wird. Das gilt hauptsächlich für Angehörige der deutschen Sprachgemeinschaft. Daneben ist noch eine ganze Reihe weiterer Sprachsozialisationsmuster möglich, auf die aber nicht im einzelnen eingegangen werden soll.⁶² Allgemein lassen sich die Anfangsbedingungen für die schulische Sprachsozialisation der Kinder in Nordschleswig in Abhängigkeit von den folgenden Faktoren charakterisieren:

1. Sprachgebrauch im Elternhaus und in anderen sozialen Bezügen der Vorschulzeit;
2. die daraus resultierende Kompetenz in den einzelnen Sprachen;
3. die Entscheidung der Eltern für oder gegen eine schulische Erziehung im Schulsystem der eigenen Sprachgemeinschaft.

Der letzte Faktor ist besonders beachtenswert, weil er neben der Entscheidung

über die weitere Entwicklung (schrift)sprachlicher Fertigkeiten (Deutsch und Dänisch im deutschsprachigen Schulwesen, Dänisch im dänischsprachigen) auch eine Auswahlfunktion in bezug auf den weiteren Ausbau von sozialen Beziehungen durch das Kind beinhaltet und vor allem weil er als Option auf die derzeitige und erst recht die spätere Zugehörigkeit des Kindes zu einer der beiden Sprachgemeinschaften verstanden wird. Die über die reine Kommunikationsfunktion hinausgehende Bedeutung der Sprache als Identifikations- und Integrationskriterium für die Mitglieder der Sprachgemeinschaften — insbesondere der deutschen — tritt in der in Nordschleswig täglich aufs neue erfahrbaren diglossischen Situation deutlich hervor.

ANMERKUNGEN

- 1 Monolingualismus, Unilingualismus, Bi- und Multilingualismus (Ein-, Zwei oder Mehrsprachigkeit) beziehen sich auf die individuelle Gewandtheit, auf die Fähigkeit einer Person, eine oder mehrere Sprachen für kommunikative Zwecke heranziehen zu können. Vgl. J. A. Fishman (1975). *Soziologie der Sprache*. München, S. 106.
- 2 Monoglossie, Di- und Multiglossie hängen zusammen mit „ ‚der gesellschaftlich bestimmten Verteilung bestimmter Funktionen‘ auf verschiedene Sprachen oder Varietäten“ (ebda). Oder deutlicher bei W. König (1978). *dtv-Atlas zur deutschen Sprache*. München, S. 37: „Diglossie liegt vor, wenn in einer polit.-wirtschaftl. Gemeinschaft sozial oder regional getrennte Gruppen auch versch. Sprachen sprechen“.
Im ursprünglichen Sinne bezieht sich Diglossie auf den Fall, daß zwei Varianten *einer* Sprache in einer Sprachgemeinschaft mit ganz bestimmten Funktionen verbunden werden. Vgl. C. A. Ferguson (1982). *Diglossie*. In: H. Steger (Hrsg.), *Anwendungsbereiche der Soziolinguistik*. Darmstadt, S. 254. Im weiteren Sinne wird Diglossie jetzt auch verwendet, wenn das Erfordernis innerer Verwandtschaft der Sprachen nicht gegeben ist. Vgl. A. de Vincenz (1977). *Nachwort*. In: U. Weinreich. *Sprachen in Kontakt*. München, S. 254.
- 3 Varietät soll i. S. J. A. Fishmans (Anm. 1), S. 25, als neutraler Terminus verstanden werden.
- 4 Dialekt bezieht sich auf die geographische Zuordnung einer Varietät, speziell auf eine regionale Subkategorie innerhalb einer Sprache.
- 5 Als H(och)-Sprache ist die allgemein verbreitete Standardvarietät zu verstehen. L(ow)-Sprachen sind in Abgrenzung dazu etwa umgangssprachliche Varietäten.
- 6 Bestimmend ist für diesen Begriff die soziale Differenzierung der Sprecher, z. B. i. S. von sozialer Schichtung, Professionalisierung in der Arbeitswelt. Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 26 und 93.
- 7 Es treten nicht im gesamten Siedlungsgebiet einer Sprachgemeinschaft zwei oder mehrere Sprachvarietäten gleichzeitig auf.
- 8 U. Weinreich (Anm. 2), S. 16: Bilingualismus soll sich ganz allgemein auf das

Beherrschen zweier Sprachvarietäten beziehen, unabhängig von deren Rang bzw. Prestige.

- 9 Damit ist nicht Sprachplanung i. e. S. gemeint, sondern z. B. sprachliche Minderheitenschutzregelungen u. ä.
- 10 Zum Begriff vgl. z. B. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 32 ff. Die Sprache der hier untersuchten Sprachgemeinschaften dient der verbalen Interaktion und ist Bezugspunkt symbolischer Integration. Vgl. auch J. J. Gumperz (1962). *Types of Linguistic Communities*. In: *Anthropological Linguistics* 4, 28-40.
- 11 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 155.
- 12 Damit wird insbesondere die Sprachloyalität angesprochen, d. h. die Bereitschaft zur Verteidigung einer bedrohten eigenen Sprache. Vgl. U. Weinreich (Anm. 2), S. 132.
- 13 Zu weiteren Einzelheiten vgl. z. B. K. Svalastoga, P. Wolf (1963). *En By ved Grænsen*. Kopenhagen; K. D. Sievers (Hrsg.) (1975). *Beiträge zur Frage der ethnischen Identifikation des Bundes deutscher Nordschleswiger*. Sonderheft der Schriftenreihe der Akademie Sankelmark; J. Elklit, J. P. Noack, O. Tonsgaard (1978). *National tilhørsforhold i Nordslesvig*. Århus; J. Zeh (1982). *Die deutsche Sprachgemeinschaft in Nordschleswig. Ein soziales Gebilde im Wandel*. Stuttgart.
- 14 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 96, mit den Kombinationen: Diglossie und Bilingualismus, B ohne D, D ohne B, weder D noch B.
- 15 Vgl. das Zitat von W. König (Anm. 2).
- 16 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 95 f.; C. A. Ferguson (Anm. 2), S. 257 ff.
- 17 Vgl. U. Weinreich (Anm. 2), S. 16, wonach auch ein Dialekt als Sprache zu bezeichnen ist, wenn es allein um die Unterschiedlichkeit von Varietäten geht.
- 18 Vgl. C. F. Allen (1857/58, Neudruck 1971). *Geschichte der dänischen Sprache im Herzogtum Schleswig oder Südjütland*. 2 Teile. Niederwalluf bei Wiesbaden Neudruck; insbesondere Teil 2, S. 672 ff.: Südjütisch als gesprochene Version der dänischen Schriftsprache. Vgl. auch K. Ringgaard (1970). *Danske Dialekter*. Århus, S. 28 ff.
- 19 Vgl. C. Tränckner (1926). *Nordschleswigs Land und Volk*. In: H. M. Johannsen (Hrsg.). *Grenzland Schleswig. Crimmitschau*, S. 34 ff. „Ganz Nordschleswig (über 90 %) spricht plattdänisch, die Sprache ist hier aber nicht das Kennzeichen nationaler Gesinnung, auch die Heimdeutschen sprechen plattdänisch“ (S. 35).
- 20 Vgl. U. Weinreich (Anm. 2), S. 132/133; H. Kohn (1945). *The Idea of Nationalism; a Study of its Origin and Background*. New York, S. 6.
- 21 Die Begriffe „deutsche Minderheit“ und „deutsche Sprachgemeinschaft“ können nicht ohne weiteres synonym verwendet werden, auch wenn es der Einfachheit halber geschieht. Unzureichende deutsche Sprachkenntnisse waren etwa in den 1920er Jahren kein Hindernis, sich zur deutschen Minderheit zugehörig zu fühlen; Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgemeinschaft immunisiert nicht gegen Assimilierung in die dänische Mehrheitsbevölkerung.
- 22 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 32: „Eine Sprachgemeinschaft ist eine Gruppe, deren Mitglieder mindestens eine einzige Sprachvarietät und die Regeln für deren angemessenen Gebrauch gemeinsam haben.“
- 23 Vgl. D. Hymes (1982). *Kompetenz und Performanz in der Sprachtheorie*. In: H. Steger (Hrsg.). *Soziolinguistik*. Darmstadt, S. 109-141: „Die sprachliche Kompetenz betrifft das Wissen, das den Sprecher dazu befähigt, eine unbegrenzte Menge von Sätzen

- hervorzubringen und zu verstehen“ (S. 112).
- 24 Auf die Möglichkeit multilingualer Sprachgemeinschaften weist J. J. Gumperz hin (Anm. 10, dt.: Typen linguistischer Gemeinschaften. In: H. Holzner/K. Steinbacher (Hrsg.) (1975). Sprache und Gesellschaft. 2. Aufl. Hamburg, S. 322).
- 25 Vgl. J. Elklit et. al. (Anm. 13), wo allein in Tab. 5.11 (S. 98) zwischen Dänisch und Plattdänisch differenziert wird. Insoweit sind Angaben wie die in Tab. 5.5 (S. 91), wonach 72 % der Angehörigen der deutschen Minderheit auf Dänisch sprechen gelernt haben sollen, mit Vorbehalt zu betrachten. Dgl. bei K. Svalastoga, P. Wolf (Anm. 13), S. 70: Gemäß Tab. 6 sollen 97 % der deutschen Minderheit in Tondern Dänisch und Deutsch sprechen können, was zu der Aussage auf S. 33 führt: „Det tyske mindretals dagligsproget er overvejende dansk ...“ Dgl. in bezug auf die deutsche Sprachgemeinschaft bei P. Selk (1941). Mehrsprachigkeit in Schleswig. In: (Auslandsdeutsche) Volksforschung 4, 226-235: Die Angabe „... dänisch (plattdänisch)“ (S. 229) läßt immer noch Interpretationsspielraum, es ist aber durchgehend wohl nur Plattdänisch gemeint.
- 26 K. Svalastoga, P. Wolf (Anm. 13), S. 70.
- 27 J. Elklit et. al. (Anm. 13), S. 91, (Tab. 5.5).
- 28 ebenda, S. 98, (Tab. 5.11): Sprachgebrauch im engeren Familienkreis.
- 29 Vgl. J. Zeh (Anm. 13), S. 245: Die Daten entstammen einer 1978 durchgeführten schriftlichen Befragung in der deutschen Sprachgemeinschaft (Minderheit)
- 30 Vgl. dazu N. Dittmar (1973). Soziolinguistik. Frankfurt, S. 200 ff.
- 31 Im Siedlungsgebiet der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein hat das Dänische im übrigen eine ähnliche untergeordnete Stellung im staatlichen Schulsystem inne.
- 32 Arbejdsrapport nr. 3 (1972). Den sønderjydske vælgeradfærdsundersøgelse 1971 Spørgeskemaer med marginaler. Århus, S. 25: 65 % der Bevölkerung Nordschleswigs geben an, manchmal die Tagesschau der ARD zu sehen.
- 33 In Anlehnung an J. A. Fishman (1965). Who speaks what language to whom and when. In: La Linguistique 2, 67-88. Vgl. auch A. de Vincenz (Anm. 2), S. 255.
- 34 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1), S. 51.
- 35 ebenda, S. 36, 53, 155.
- 36 ebenda, S. 34: „Die Standard-Varietät ist das sicherste“ Mittel für jene Kommunikationsprozesse, in denen ein Sprecher seine verschiedenen Hörer nicht kennen kann“.
- 37 Deutscher Schul- und Sprachverein für Nordschleswig (1976). Materialien zur Geschichte Schleswigs. Apenrade, S. 133 ff.
- 38 Zum Prestige von Sprachen vgl. U. Weinreich (Anm. 2), S. 104 f.
- 39 Vgl. J. Elklit et. al. (Anm. 13), S. 98: Berechnet aus den Angaben zu „stærkt dansk“ und „mindre stærkt dansk“.
- 40 Vgl. D. Willkommen (1975). Zur Stellung der Kommunikation bei den Mitgliedern des Bundes deutscher Nordschleswiger. In: K. D. Sievers (Anm. 13), S. 138: Sønderjysk 63 %, Hochdeutsch 33 %. Rigsdansk 2 % (Einzelnennungen); J. Zeh (Anm. 13), S. 253: Plattdänisch 57 %, Deutsch 49 %. Dänisch 15 % (Mehrfachnennungen); J. Elklit et. al. (Anm. 13), S. 227/28: Berechnet aus Spm. 203 und 207: Bei einem Anteil von 16 % der deutschen Minderheit in Stichprobe 1 sprechen 4 % der Stichprobe nur Deutsch und 3 % Deutsch und Dänisch. Da es sich bei den Deutschsprechenden fast ausschließlich

- um Angehörige der deutschen Minderheit handeln dürfte, sind somit $\frac{7}{16}$ der Minderheit erfaßt, die übrigen $\frac{9}{16}$ dürften auf Sønderjysk entfallen. Das ergibt (Mehrfachnennungen): Sønderjysk 56 %. Deutsch 44 %. Dänisch 19 %; G. Toft (1982). Die bäuerliche Struktur der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Flensburg, S. 43 f.: Mit den Eltern/Kindern: 67 %/63 % Sønderjysk, 27 %/24 % Deutsch, 7 %/3 % Dänisch (Mehrfachnennungen).
- 41 Vgl. J. Zeh (Anm. 13), S. 255 (Mehrfachnennungen).
- 42 ebenda (Mehrfachnennungen).
- 43 In Anlehnung an J. A. Fishman (Anm. 1), S. 36. Weiterer (zahlenmäßiger) Aufschluß über den Sprachgebrauch wird von dem vom Institut for Grænseregionsforskning in Apenrade geplanten Projekt „Die Begegnung der Sprachen in der dänisch-deutschen Grenzregion“ erwartet werden können.
- 44 Zweisprachigkeit der Domäne bedeutet hier, daß beide Sprachen vom gleichen Personenkreis gleichberechtigt und beliebig austauschbar verwendet werden.
- 45 Vgl. J. A. Fishman (Anm. 1) S. 36.
- 46 ebenda, S. 122: Warnung vor „ungehemmter Ausbreitung atomisierter Feststellungen“.
- 47 Nach J. Zeh (Anm. 13), S. 250 ff. Hier nicht prozentuiert nach dem Vorkommen der Sprachen überhaupt, sondern nach den Sprachgebrauchsmustern.
- 48 Vgl. die „Modellhafte Tabelle“ bei J. A. Fishman (Anm. 1), S. 121; L. Greenfield (1972). Situational Measures of Normative Language Views in Relation to Person, Place and Topic among Puerto Rican Bilinguals. In: J. A. Fishman (Hrsg.). *Advances in the Sociology of Language*. Vol. II. Den Haag - Paris, S. 17-35.
- 49 Vgl. etwa J. A. Fishman (Anm. 1), S. 38 ff.
- 50 J. Zeh (Anm. 13).
- 51 Verstanden im Sinne von U. Weinreich (Anm. 2), S. 15.
- 52 Zuerst S. M. Ervin, C. E. Osgood (1954). *Second Language Learning and Bilingualism*. In: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 49 (Supplement), 139-146; vgl. die kritischen Anmerkungen zu beiden Begriffen bei E. Haugen (1978). *Bilingualism, Language Contact, and Immigrant Languages in the United States: A Research Report 1956-1970*. In: J. A. Fishman (Hrsg.). *Advances in the Study of Societal Multilingualism*. Den Haag-Paris-New York, S. 1-111, insbes. S. 53 ff.; U. Weinreich (Anm. 2), S. 26 f.
- 53 In Anlehnung an die Terminologie bei W. E. Lambert (1969). *Psychological Studies of the Interdependencies of the Bilingual's Two Languages*. In: J. Puhvel (Hrsg.). *Substance and Structure of Language*. Berkeley-Los Angeles, S. 108.
- 54 U. Weinreich (Anm. 2), S. 26.
- 55 Im Sinne des Spracherwerbs nach Typ C bei U. Weinreich, (Anm. 2), S. 27.
- 56 J. Elklit et. al. (Anm. 13), S. 91 (Tab. 5.5).
- 57 Vgl. P. Selk (Anm. 25), S. 230: Danach sprachen 1932 in 3 Ortschaften Nordschleswigs 55 % der Ehepaare untereinander Plattdänisch (Deutsch 33 %), mit den Kindern sprachen sie aber zu 70 % Deutsch (22 % Plattdänisch). Weniger ausgeprägt sind die Differenzen bei J. Zeh (Anm. 13), S. 255: 52 % Plattdänisch (22 % Deutsch) bei den Ehepaaren, 49 % Plattdänisch (25 % Deutsch) gegenüber den Kindern (Erwachsene eingeschlossen).
- 58 A. de Vincenz (Anm. 2), S. 243 ff.
- 59 D. Hymes (Anm. 23): Während sich Kompetenz auf die Sprech- und Hörfähigkeiten

eines Menschen bezieht (S. 127), wird Performanz eher im Sinne des tatsächlichen Gebrauchs von Sprache(n) in konkreten Situationen verstanden (S. 129).

60 Vgl. J. Zeh (Anm. 13), S. 245 ff.

61 P. A. Kolers (1963). Interlingual Word Associations. In: *Journal of Verbal Learning and Verbal Behavior* 2, 291-300.

62 Vgl. die Systematisierung bei W. F. Mackey (1972). A Typology of Bilingual Education. In: J. A. Fishmann (Anm. 48), S. 413-432, die auf die Sprache(n) im Elternhaus, in der Schule, in der Region und im Land zurückgreift.

Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark – ein Überblick*

Die Aufgabe der Emigranten ist die schwerste, aber auch die wertvollste, die es heute gibt. Wie Samen und Keime der Freiheit wehen sie über die Grenzen und bereichern die Kultur der Länder, wo sie Obdach finden. Jedes Land sollte mit offenen Armen die Emigranten aufnehmen — und dazu dankbar sein!

Martin Andersen-Nexø, Stenløse, den 15. Juni '39

Mit diesen Zeilen an den Leiter des Kopenhagener Emigrantenheims, Otto Piehl, versuchte der bekannte, auch in Deutschland vielgelesene Arbeiterschriftsteller die schwierige Situation der politischen Emigranten aus Deutschland zu beschreiben. Andersen-Nexø selbst war einer der ersten, der für die Unterstützung der politisch Verfolgten in Dänemark sorgte.

Zu denen, die mit als erste die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen des Nazi-Regimes zu spüren bekamen, gehörten die Sozialdemokraten. Viele von ihnen, insbesondere aus den norddeutschen Regionen des Reiches, konnten sich vor der drohenden Gefahr für ihr Leben und das ihrer Familien nur durch die Flucht nach Dänemark retten. Einige von ihnen konnten es noch wagen, mit dem regulären, gültigen Reisepaß Deutschland zu verlassen, anderen aber, sei es, weil sie schon steckbrieflich gesucht wurden oder einfach ein „bekanntes Gesicht“ hatten, war es nur möglich, bei Nacht und Nebel die grüne oder nasse Grenze nach Dänemark zu überschreiten. Viele Emigranten erinnern sich noch heute dankbar an mutige Fischer, die sie, versteckt in den Laderäumen der Kutter, über die Ostsee ins sichere Exil brachten. Häufig benutzt wurde auch die Hilfe von Grenzgängern, die die Flüchtenden dann im Schutz der Dunkelheit auf dänisches Territorium schleusten. Es darf niemals vergessen werden, daß sowohl der Schleuser als auch der Flüchtling eine große Gefahr für Leib und Leben auf sich nahm. Denn auch der deutschen Grenzüberwachung und der Gestapo war es natürlich nicht verborgen geblieben, daß viele verfolgte Sozialdemokraten versuchen mußten, die Grenze nach Dänemark zu überschreiten.

Auf den folgenden Seiten soll nun ein knapper Abriß über die Aufnahme in

* Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages aus dem Buch „Vergessen und verdrängt“. Eine andere Heimatgeschichte. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde, Eckernförde 1984. (Siehe dazu auch die Rezensionen von Gerd Callesen im Besprechungsteil dieses Grenzfriedensheftes.)

Dänemark, über die Lebensumstände der Emigranten und ihr politisches Wirken gegeben werden. Die Anzahl der sozialdemokratischen Flüchtlinge in Dänemark ist verhältnismäßig schwierig zu benennen, weil einige von ihnen Dänemark lediglich als Transitland benutzten, aber dann in der Statistik der sozialdemokratischen Hilfsorganisationen registriert wurden. Für die Zeit zwischen 1933 und 1940 kann, die „ständige“ Emigration in Dänemark betreffend, die Zahl von 170 Erwachsenen als gesichert angenommen werden, die auf einer Erhebung des Hilfskomitees nach Kriegsende beruht.

Wenn der Emigrant die dänische Grenze passiert hatte, mußte er zunächst die Adresse des Kontaktmannes der dänischen Partei aufsuchen, der ihm die Weiterfahrt nach Kopenhagen ermöglichen sollte. Eine besonders häufig frequentierte „Schleuse“ an der Grenze ging von Harrisleefeld bei Flensburg zum gegenüberliegenden dänischen Frøslev. In Harrislee hatte Wilhelm Schmehl eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe geschaffen, die das Schleusen der Flüchtenden organisierte. Auf der dänischen Seite in Padborg war der Lokomotivführer Aage Lassen der erste Anlaufpunkt der Exilanten, der sie zunächst aufnahm und ihnen nach der Flucht, die ja eine schwere physische und psychische Belastung darstellte, zur Seite stand. Lassen war von der dänischen Parteiführung beauftragt worden, die geflüchteten deutschen Genossen erst einmal aufzunehmen und sie dann, versehen mit einer Fahrkarte und ein wenig Reisegeld, auf die Bahn oder das Schiff nach Kopenhagen zu setzen. Dort angekommen, hatten die Emigranten das Matteotti-Komitee aufzusuchen, um sich als politische Flüchtlinge anerkennen zu lassen, was die Voraussetzung für die materielle Unterstützung seitens des Komitees war. Mit dem Anerkennungsschreiben des Matteotti-Komitees mußte der Emigrant dann bei der Fremdenpolizei die befristete Aufenthaltsgenehmigung beantragen. In der Regel wurde ihm diese zunächst für die Dauer von drei Monaten gegeben. Rechtzeitig vor Ablauf der Frist mußte erneut um Verlängerung gebeten werden.

Das Matteotti-Komitee für Dänemark war im Frühjahr 1933 gemeinsam vom dänischen Gewerkschaftsbund „De samvirkende Fagforbund“ und „Socialdemokratisk Forbund i Danmark“ gegründet worden. Das Komitee in Dänemark war Mitglied der internationalen Matteotti-Hilfsorganisation, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und von der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) errichtet wurde, benannt nach dem italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti, der 1924 von den italienischen Faschisten ermordet worden war.

Nach dem Selbstverständnis des dänischen Matteotti-Komitees wurde demjenigen Flüchtling Unterstützung gegeben, der in Deutschland den freien Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie angehört hatte. Das bedeutete, daß auch Gewerkschafter mit SAP (Sozialistische Arbeiterpartei)-Mitgliedsbuch und

andere Anhänger von kleineren linken Parteien oder Gruppierungen Matteotti-Unterstützung beantragen durften, sofern sie ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft in Deutschland nachweisen konnten.

In der Führungsspitze des Komitees saßen Vilhelm Nygaard, Christian Jensen und Hans Jacobsen für den Gewerkschaftsbund sowie Alsing Andersen, C. Klüwer und Hans Hedtoft-Hansen für die Sozialdemokratie. Inoffizieller Geschäftsführer war jedoch der deutsche Sozialdemokrat Richard Hansen. Er kam aus Kiel und war dort Parteigeschäftsführer sowie Gauvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Schleswig-Holstein gewesen. Im Mai 1933 mußte er nach Dänemark emigrieren; aufgrund schon vorher geknüpfter Kontakte zwischen Kiel und Kopenhagen, bei denen es meistens um Probleme mit der Grenzfrage ging, war Richard Hansen den führenden Genossen in Kopenhagen, Alsing Andersen und Hans Hedtoft-Hansen, als vertrauenswürdig bekannt.

Richard Hansens Aufgabe war es nun, die Angaben der Geflüchteten zu überprüfen und sie dann gegebenenfalls als politische Emigranten anzuerkennen. Wenn es dem Asylsuchenden noch gelungen war, irgendwelche Legitimationsbescheinigungen (Mitgliedsbücher etc.) mitzunehmen, verhielt es sich einfach. In anderen Fällen mußten zuerst Erkundigungen eingezogen werden, meistens vom SOPADE-Parteivorstand in Prag, falls der Betreffende nicht sowieso ein „bekanntes Gesicht“ hatte.

Um die Anerkennung der Emigranten durch Richard Hansen gab es häufig Auseinandersetzungen, wobei es nicht nur um die Abwehr von Nazi-Spitzeln und Kriminellen ging, sondern auch um politische Differenzen. Zwar hatten auch die sozialistischen Nicht-SPD-Mitglieder formal das Recht, Matteotti-Unterstützung zu beziehen, doch versuchte Richard Hansen oftmals, die Unterstützung für diese Genossen zu hintertreiben, wenn sie sich kritisch zum Kurs der alten SPD-Führung in der Weimarer Republik äußerten. „Linksabweichlertum“ war bei Richard Hansen nicht gut angesehen, das bekamen selbst SPD-Genossen zu spüren, die den Führungsanspruch des SOPADE-Parteivorstandes in Prag kritisierten oder gar mit der Gruppe „Neu Beginnen“ und den „Revolutionären Sozialisten“ sympathisierten. Kompromißlos verfocht Richard Hansen die Auffassung der Exil-SPD in Prag und suchte Kritik seitens der linken Oppositionsgruppen womöglich zu unterbinden.

Bestand der Emigrant die Überprüfung durch Richard Hansen, so war er schließlich berechtigt, die wöchentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Auszahlung des Betrags an die Hilfsbedürftigen und die Abrechnung mit dem Komitee oblag ebenfalls Richard Hansen. Die Unterstützung betrug 1933 zunächst 15 dkr für Alleinstehende und 25 dkr für Verheiratete; für Kinder zahlte das Komitee einen Sonderbetrag. Bis 1940 erhöhten sich die Unterstützungen schrittweise auf 20 dkr für Alleinstehende, 32 dkr für Verheiratete sowie 3 dkr für

das erste Kind und 2 dkr für jedes weitere.

Eine Arbeitsgenehmigung gab es für die Emigranten in der Regel nicht, da Dänemark von einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, auch noch in den dreißiger Jahren, betroffen war. Der sozialdemokratische Emigrant Karl Raloff nennt für das Jahr 1933 28,8 %. Nur in einzelnen Fällen, wenn der Emigrant einen Mangelberuf ausüben konnte und entsprechende dänische Arbeitskräfte nicht einzusetzen waren, bekam man eine Erlaubnis; die Matteotti-Unterstützung wurde dann eingestellt.

Die gezahlten Beträge reichten zum Bestreiten des Lebensunterhalts kaum aus. Zwar war die Krone damals wesentlich mehr wert als heute, doch ohne kleine Nebenarbeiten, von denen offiziell natürlich keiner wissen durfte, war nicht über die Runden zu kommen. Da das Leben in Kopenhagen besonders teuer war, beschloß eine kleine Gruppe von Emigranten, die paar Kronen zusammenzulegen und gemeinsam eine Wohngemeinschaft zu gründen. Zunächst fanden sie eine billige Wohnung im Kopenhagener Arbeiterviertel Nørrebro, wenig später wurde ihnen ein neues Haus auf Bornholm zum „trockenwohnen“ angeboten. Die Gelegenheit wurde wahrgenommen, und die Gruppe siedelte nach Bornholm über, wo sich vermehrt Möglichkeiten ergaben, Arbeit in der Fischerei, im Steinbruch oder im Forstbereich zu finden. Auch die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung stellte sich als weniger bürokratisch als in Kopenhagen heraus.

Arbeit für den Widerstand in Deutschland

Die Sicherung des Existenzminimums der Emigranten war jedoch nicht die einzige Unterstützung, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Dänemark leisteten. Richard Hansen, der nach seiner Flucht nach Dänemark von der SOPADE, also vom Exilvorstand der SPD in Prag, als ihr Vertrauensmann für Skandinavien berufen worden war, erhielt den Auftrag, ein sogenanntes „Grenzsekretariat Nord“ in Kopenhagen einzurichten. Die dänische Partei stellte dafür Räumlichkeiten und finanzielle Mittel in ihrer Zentrale in der Rosenørnsallée zur Verfügung. Die SOPADE in Prag hatte begonnen, an den Grenzen des Reiches mehrere „Grenzsekretariate“ zu errichten, die die Aufgabe hatten, die Widerstandsarbeit der Sozialdemokraten im Reich auf vielfältige Art zu unterstützen. Das Grenzsekretariat in Kopenhagen hatte Schleswig-Holstein, die weitere Ostseeküste, Hamburg, Mecklenburg und große Teile des heutigen Niedersachsens zu betreiben. Viele Verbindungen gingen auch nach Berlin und Bremen. Ein wesentlicher Zweck des Grenzsekretariats bestand darin, Kurierlinien aufzubauen, mit denen sowohl Zeitungen, wie die „Sozialistische Aktion“ (Kleinausgabe des „Neuen Vorwärts“ auf Dünndruckpapier), Flugblätter und Tarnschriften ins Reich geschleust als auch Berichte aus dem Reich herausgeholt

werden konnten, die von Kopenhagen aus weiter nach Prag geschickt wurden, wo sie dann Eingang in die „Deutschland-Berichte“ der SOPADE fanden. Außerdem diente das Grenzsekretariat dazu, Konsultationen der Widerstandsgruppen in Kopenhagen zu organisieren, weil Zusammenkünfte dieser Art im Reich ungleich risikoreicher gewesen wären. So hielten sich im schleswig-holsteinischen und im hamburgischen Widerstand aktive Sozialdemokraten, wie Walter Schmedemann und andere Genossen, des öfteren in Kopenhagen auf, um z. B. den Transport des illegalen Materials zu besprechen.

Auch in umgekehrter Richtung funktionierten die Kurierlinien, wenn es beispielsweise nötig wurde, besonders gefährdete Genossen schnell nach Dänemark in Sicherheit zu bringen. Kopenhagen war allerdings nicht der einzige Ort, von dem aus die Widerstandsarbeit in Dänemark geleistet wurde. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Grenzregion von Nordschleswig/Sønderjylland dar. Auch die bereits erwähnte Emigrantenwohngemeinschaft auf Bornholm arbeitete aktiv im Widerstand: Von dort richtete sie eine Kurierlinie per Schiff ein. Zuerst hatten sie Bornholmer Fischer gefunden, die sich bereit erklärten, illegales Material mit nach Deutschland zu nehmen und dort an Mittelsmänner auszuhändigen. Nachdem die Fischer aus anderen Gründen in Deutschland Schwierigkeiten bekommen hatten, mußte diese Linie als zu gefährlich aufgegeben werden. Die Emigranten sprachen dann einen Matrosen auf dem dänischen Fährschiff an, das zwischen Rønne und Kolberg verkehrte. Auch er erklärte sich bereit, das illegale Material nach Deutschland einzuschmuggeln und den in Kolberg wartenden Kurieren zu überbringen.

Politische Diskussion und Aufklärung über Deutschland

Neben der organisatorischen Arbeit zur Unterstützung des Widerstands in Deutschland gründeten sich schnell politische Diskussionszirkel, die sich vornehmlich um die beiden „prominenten“ Namen, Kurt Heinig und Fritz Tarnow, versammelten. Kurt Heinig, Reichstagsabgeordneter und Finanz- und Haushaltsexperte der SPD, und Fritz Tarnow, ebenfalls Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, vertraten unterschiedliche Auffassungen über die Dauer des Exils. Der Kreis um Tarnow gab dem Hitler-Regime keine großen Überlebenschancen und rechnete damit, daß das Militär dem „Spuk“ bald ein Ende machen würde; spätestens nach dem sogenannten „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934 waren diese Hoffnungen aber zerstoßen. Der Kreis um Heinig war von Anfang realistischer, man rechnete mit einer langen Existenz des Nazi- Regimes und forderte alle Emigranten auf, sich entsprechend einzurichten und in Dänemark Fuß zu fassen.

Eine besondere Position innerhalb der Kopenhagener Emigration nahm der Görlitzer Reichstagsabgeordnete Otto Buchwitz ein. Er geriet recht bald in

Gegensatz zu Richard Hansen, dessen Abgrenzungspolitik gegen die anderen linken Emigrationsgruppen er nicht mittragen wollte. Außerdem setzte sich Buchwitz für eine kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Politik der SPD ein, was innerhalb der übrigen SPD-Emigration in Kopenhagen, nicht nur von Richard Hansen, verhindert wurde.

Nach eigenen Angaben machte Buchwitz sich schnell von der Matteotti-Hilfe unabhängig, um nicht politisch unter Druck gesetzt werden zu können. Im Gegensatz zu den anderen Sozialdemokraten in Kopenhagen suchte er den Kontakt mit anderen politischen Emigrationsgruppen, wie den Leuten von der „Schwarzen Front“, der Sievers-Gruppe und den Kommunisten. Für die von Max Sievers herausgegebene Zeitung „Freies Deutschland“ wurde Buchwitz ständiger Mitarbeiter und Skandinavien-Korrespondent, außerdem trug er die Verantwortung für das Einschmuggeln dieser Zeitung nach Deutschland. 1936 zeichnete Buchwitz als Mitherausgeber für das Erscheinen der „Volkssozialistischen Blätter“ verantwortlich, deren Initiator der Kopenhagener Vertreter der „Schwarzen Front“, Richard Schapke, war. Allerdings erschien dieses Blatt nur zweimal. Zum gleichen Zeitpunkt stand Buchwitz auch schon in Kontakt zur kommunistischen Emigrationsleitung in Kopenhagen. In mehreren Gesprächen und Briefen versuchte er eine Beziehung zu den Kommunisten zu finden. Nach einigen Diskussionen über Sinn und Zweck der Einheit der Emigration arbeitete Buchwitz schließlich als Autor an der von der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen herausgegebenen „Norddeutschen Tribüne“ mit, die im Untertitel die Zeile führte „Herausgegeben von Mitgliedern der SPD und der KPD“, später auch „Organ der deutschen Volksfront-Bewegung“. Voraussetzung für diese Politik auf seiten der Kommunisten war offenbar die Strategie, die der VII. Weltkongreß der Komintern 1935 in Moskau verkündet hatte: Zur Bekämpfung des Faschismus sahen die Kommunisten die Politik einer Volksfront als erfolgversprechend an; Kernstück dieser Volksfront sollte dabei die Einheitsfront zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sein. Auf ihrer „Brüsseler Konferenz“ vollzog die KPD mit entsprechenden Beschlüssen diese neue Strategie nach. Für die deutsche Emigration bedeutete diese Politik die Aufforderung zur Sammlung aller demokratischen Kräfte „unter einem Dach“.

Sinffälligen Ausdruck fand die neue Strategie in Kopenhagen durch die Errichtung eines Emigrantenheims am Rathausplatz. Linksbürgerliche und kommunistische Intellektuelle, die in Organisationen wie „Frisindet Kulturkamp“ (Freisinniger Kulturkampf) und auf dem linken Flügel der Radikalen Venstre ein Forum fanden, konnten wohlhabende Bürger gewinnen, aus humanitären Gründen Geld für das geplante Emigrantenheim zu spenden. Es sollte ein Treffpunkt für Emigranten jeglichen Couleur sein.

Im November 1936 war schließlich ausreichend Geld eingesammelt worden, so daß die Räumlichkeiten am Rathausplatz eröffnet werden konnten. Drei Monate später, im Februar 1937, wurde Otto Buchwitz der Vorsitz in der deutschen Geschäftsführung des Heims angetragen, den er auf Wunsch seiner Freunde auch annahm. Doch schon ein Jahr danach mußte er dieses Position wieder aufgeben, da ihm Richard Hansen große Schwierigkeiten machte, die sich möglicherweise „ungünstig“ auf seine Aufenthaltsgenehmigung ausgewirkt hätten. Hintergrund der Ablehnung des Emigrantenheims war die weiterhin gültige Richtlinie der Sozialdemokraten, der dänischen wie der deutschen, die festlegte, daß man jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte. Außerdem befürchteten die Kritiker, daß das Heim Angriffspunkt für Nazi-Spionage sein könne, die Assimilation der Emigranten mit den Dänen behindere und dem „politischen Bazillus“ guten Nährboden biete, was immer das auch bedeuten mochte.

Die sozialdemokratische Emigrationsleitung verbot schließlich allen Matteotti-Unterstützten offiziell den Besuch des Heims, so daß es tatsächlich überwiegend Kommunisten waren, die zu den regelmäßigen Besuchern gehörten. Für sie war der Besuch oft auch eine ökonomische Notwendigkeit, da das Heim eine billige Mahlzeit anbot, über einen geheizten Aufenthaltsraum verfügte und eine Bibliothek beherbergte.

Die sozialdemokratischen Emigranten blieben folglich auf ihre eigenen Diskussionsrunden beschränkt. Ihre Treffen fanden in Räumen statt, die die „Arbejdernes Læseselskab“ (Arbeiterlesegesellschaft) ihnen zur Verfügung stellte. In regelmäßigen Abständen nahmen auch dänische Genossen an den Treffen teil, die z. B. für ihre Bildungsveranstaltungen in der dänischen Partei die Informationen und Erfahrungen der deutschen Emigranten über und mit dem Nazi-Regime sammeln wollten. Überhaupt war die dänische Partei, sowohl die Basis als auch die Funktionäre, stark daran interessiert, Informationen und Analysen über die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und die Errichtung des faschistischen Systems zu erhalten. Das lag nicht nur daran, daß der mächtige Nachbar im Süden nun eine Regierung besaß, deren schleswig-holsteinische Provinzfürher den Revanchismus wieder aufleben ließen und die deutsch-dänische Grenze von 1920 in Frage stellten, sondern auch an der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung stets so etwas wie ein Vorbild für die dänische gewesen war.

Die Betroffenheit, die die Entwicklung in Deutschland in der dänischen Sozialdemokratie auslöste, dokumentiert Hans Hedtoft-Hansen in seinem Vorwort zur Broschüre „Sandheden om Tyskland, fortalt af en tysk Socialdemokrat“. (Die Wahrheit über Deutschland, Bericht eines deutschen Sozialdemokraten): „Kein Wunder, daß die Öffentlichkeit und vor allem sozialistische Arbeiter fragen: Wie und warum kam es so in Deutschland?“ Diese Broschüre erschien im Juli 1933 im

parteieigenen Verlag „Fremad“, Kopenhagen, verfaßt von einem Reichstagsabgeordneten, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in Berlin aufhielt. Das Heft kostete damals 25 Øre und war somit zur Information und Unterrichtung breiterer Schichten der Bevölkerung gut geeignet.

Karl Raloff berichtet in seinem Buch „Et bevæget liv“ (Ein bewegtes Leben) von den Vortragsabenden in den Ortsabteilungen des „Arbejdernes Oplysningsforbund“ (Arbeiterbildungsverein) in der Provinz über die Situation in Deutschland, zu denen die dänische Partei ihn aufgefordert hatte und die auf großes Interesse bei den Zuhörern stießen. Zudem gelang es Raloff, von Beruf Journalist, Artikel und Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wie „Social-Demokraten“, „Socialisten“ und „Arbejderen“, unterzubringen. Allerdings gehörten Möglichkeiten, wie Raloff sie geboten bekam, zur absoluten Ausnahme. Nicht jeder Emigrant, der etwas schreiben wollte, hatte auch die Gelegenheit dazu. Das Privileg, im alten Beruf arbeiten zu können, wie es auch Tarnow und Heinig hatten, blieb wenigen vorbehalten; Heinig gelang es bereits 1934, ein Buch in dänischer Sprache herauszugeben, diesem folgten in den nächsten Jahren noch zwei weitere.

Dänische Innenpolitik, die Beziehungen Dänemarks zu Nazi-Deutschland

Im August 1934 muß ein weiterer prominenter Sozialdemokrat in Kopenhagen Zuflucht suchen, Philipp Scheidemann. Der erste Reichskanzler der Weimarer Republik kam aus der Tschechoslowakei und wurde nun als Gast der sozialdemokratischen Partei in Dänemark aufgenommen. Wegen seines Alters nahm er an den politischen Beratungen und Diskussionen der Emigranten nicht teil, doch verfolgte er die Entwicklung in Dänemark und besonders das Verhältnis des Landes zu Deutschland überaus kritisch. Es gab nämlich nicht nur die Emigrantenhilfe seitens der dänischen Arbeiterbewegung, sondern auch starke Kräfte auf der rechts-bürgerlichen Seite, die den Emigranten mit offener Feindseligkeit gegenüberstanden und ihnen die Aufenthaltsberechtigung absprachen. Zum einen befürchtete die Rechte, daß die Emigranten „politische Unruhe“ ins Land tragen würden und die Bevölkerung „aufwiegeln“ würden, und zum anderen meinten sie, daß durch eine menschenwürdige Behandlung der Exilanten Dänemark der Sympathie Nazi-Deutschlands verlustig ginge, die das Land doch so dringend benötige.

Hintergrund dieser Auffassung war die Tatsache, daß ein großer Teil der politischen Rechten in Dänemark das politische System Nazi-Deutschlands mit großem Wohlwollen betrachtete, ohne daß sich jedoch eine größere faschistische Partei etablieren konnte. Offen zu Tage traten diese Faschisierungstendenzen in der Jugendorganisation der Konservativen „Konservativ Ungdom“ (KU): Obwohl es in Dänemark ein Uniformverbot gab, traten diese Jugendlichen ganz

unverhohlen in einer Montur auf, die den deutschen SA-Trupps nachempfunden war. Leider trug die von Sozialdemokraten und Linksliberalen getragene Regierung ihren Teil dazu bei, daß nicht offensiv gegen die Diskriminierung der Emigranten und die Verharmlosung der Hitler-Diktatur vorgegangen werden konnte. Die dänische Presse bekam einen Maulkorb verordnet, was die Berichterstattung über Deutschland betraf. Beschäftigten sich dänische Journalisten etwa kritisch mit der Lage in Deutschland oder mit dem Treiben der nazifizierten deutschen Kolonie in Kopenhagen, so war es sicher, daß diese Themen nicht lange in den Kopenhagener Zeitungen für „Unruhe“ sorgten. Außenminister Munch übte mehr oder minder starken Druck auf die Zeitungsredaktionen aus. Bei den rechten Blättern war dies oft gar nicht nötig, sie unterließen bereitwillig kritische Berichte oder kündigten einfach andersdenkenden Redakteuren. Erschien trotzdem einmal ein entsprechender Artikel, so wurde der deutsche Gesandte sofort im Außenministerium vorstellig, um zu beklagen, daß die dänische Presse „die guten Beziehungen zwischen Kopenhagen und Berlin“ gefährde. Ganz offensichtlich beugte sich die dänische Regierung dem Druck aus dem Süden mit dem Hinweis an die kritischen Geister im eigenen Land, daß Dänemark seine Schweine an Deutschland verkaufen müsse und Dänemark ja so klein und Deutschland so groß sei! Hierbei hatte die dänische Regierung offenbar die Illusion, daß das faschistische System durch Wohlverhalten zur Respektierung internationalen Rechts anzuhalten sei. Eine Analyse der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, z. B. die Behandlung der politischen Gegner und der Juden sowie die Besetzung des Rheinlandes 1936 und der anti-dänische Revanchismus in Schleswig-Holstein, hätte die dänische Regierung eines Besseren belehren müssen. Die Aufklärungsarbeit der Emigranten vermochte hier wohl wenig auszurichten.

Die anderen Emigrationsgruppen

Das schon vorgestellte sozialdemokratisch/gewerkschaftliche Matteotti-Komitee war nicht das einzige, das den Asylsuchenden aus Deutschland Hilfe zur Verfügung stellte. Die jüdischen Flüchtlinge wurden hauptsächlich vom „Komiteen af 4. Maj“ (Komitee vom 4. Mai 1933: Gründungsdatum dieser Organisation) versorgt sowie von der kirchlichen Einrichtung „Kirkens Indsamling til land-flygtige ikke-ariske Kristne“ (Kirchliche Hilfe für geflüchtete nichtarische Christen), die für getaufte Juden eintrat. Des weiteren arbeitete unter der Leitung des Kopenhagener Professors Aage Friis das „Danske Komité til Støtte for landflygtige Aandsarbejdere“ (Dänisches Komitee zur Unterstützung von geflüchteten Geistesarbeitern), das die emigrierten Intellektuellen betreute, darunter viele Naturwissenschaftler, Ärzte und Professoren, wie den Hamburger Skandinavisten Walter A. Berendsohn, der auch Sozialdemokrat war und in der

Kopenhagener Emigration eine Rolle spielte. So stellte er einen großen Teil seiner Bibliothek dem Emigrantenheim am Rathausplatz in Kopenhagen zur Verfügung. Diese drei Komitees sowie das Matteotti-Komitee bildeten zusammen „De samvirkende danske Emigranthjælpekomiteer“ (Bund der dänischen Emigrantenhilfekomitees), dessen Sekretär Gerhard Breitscheid war, der Sohn des bekannten Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid. Die vier Komitees waren sozusagen die staatlich anerkannten Einrichtungen, die ihre Maßnahmen gemeinsam abstimmten und für die gleiche Behandlung ihrer Hilfsbedürftigen bei den Behörden sorgten, z. B. einheitliche Terminfristen zur Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen. Bedeutsam war aber vor allen Dingen der Staatszuschuß, den die vier Komitees gemeinsam bezogen, er machte jährlich 25 000 dkr aus. Vom Staatszuschuß sowie von der Zusammenarbeit der vier Komitees ausgeschlossen blieb die Hilfsorganisation der Kommunisten, „Røde Hjælp“ (Rote Hilfe), die dänische Sektion der Internationalen Roten Hilfe. Entsprechend schlecht war es auch um ihre finanzielle Situation bestellt, zumal der dänische Gewerkschaftsbund nur das Matteotti-Komitee unterstützte und auch Sammlungen der Kommunisten an der Gewerkschaftsbasis zu verhindern suchte. Røde Hjælp konnte ihren Bedürftigen nur einen mehr symbolischen Betrag von 1 bis 2 dkr pro Woche zahlen. Für Unterkunft und Verpflegung mußte Mitglieder und Sympathisanten der dänischen KP privat sorgen. Ehemalige Emigranten erzählen, daß sie praktisch jeden Tag zu einer anderen Familie zum Mittagessen gingen und auch die Unterkunft des öfteren gewechselt werden mußte, da die finanzielle Belastung der oft von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien sonst zu groß gewesen wäre. Auch die Behandlung durch die Fremdenpolizei war für die Kommunisten in der Regel schlechter als die der Breitscheid-Emigranten. Die Anerkennung eines Emigranten durch Røde Hjælp sicherte ihm zwar die Aufenthaltsgenehmigung von der Fremdenpolizei, doch waren die Verlängerungsfristen wesentlich kürzer als bei den übrigen Emigranten, manchmal mußte der Betreffende wöchentlich um Verlängerung nachsuchen. Die Feindseligkeit gegenüber den Kommunisten war im Polizeiapparat besonders groß. Dort waren offensichtlich viele emigrantenfeindliche bzw. rechtsradikale Beamte zu finden, die die deutschen Behörden schon vor der Besetzung bereitwillig mit Informationen über die Emigration in Dänemark belieferten. Beim Einmarsch am 9. April 1940 fielen der Gestapo komplette Emigrantenkarteien in die Hände, obwohl Hans Hedtoft-Hansen der Polizei geraten hatte, sie zu vernichten; man weigerte sich.

Nach dem 9. April 1940

Noch in der Nacht der Besetzung war es Richard Hansen und Kurt Heinig gelungen, mit einem Boot nach Schweden zu fliehen. Die anderen sozialdemokratischen Emigranten waren jedoch auf sich selber gestellt und hatten

keine Hilfeleistung für die Flucht nach Schweden zu erwarten; auf die Flucht aus Dänemark heraus wurden die Emigranten in keiner Weise vorbereitet. Aufgrund des besonderen Besatzungsstatus Dänemarks — die Regierung blieb im Amt — existierte noch bis zum 1. April 1941 das Matteotti-Komitee und konnte daher zunächst die Hilfe fortsetzen. Das bedeutete nicht, daß die Emigranten unbehelligt blieben. Viele von ihnen wurden auf deutsches Verlangen von der dänischen Polizei verhaftet, zunächst ins Gefängnis und ins Lager verbracht und später auch nach Deutschland ausgeliefert. Die bei der Kopenhagener Fremdenpolizei angelegten Emigrantenkarteien hatten augenscheinlich gute Dienste geleistet. Die Emigranten, die noch auf freiem Fuß verblieben, unterstützten sich gegenseitig, während zeitweilig noch Fluchtmöglichkeiten nach Schweden geschaffen wurden. Familien geflohener oder verhafteter Emigranten, die besonders auf Hilfe angewiesen waren, konnten Unterstützung von den dänischen Sozialämtern beantragen. Einigen Emigranten war es geglückt, während ihrer Jahre in Dänemark so heimisch zu werden, daß es für sie problemlos war, in der Masse unterzutauchen, was ihnen vielleicht Gefängnis ersparte oder sogar das Leben rettete. Andere wurden später zu den Wehrmachtbesatzungstruppen eingezogen, was z. B. Karl Faden nutzte, der erstarkenden dänischen Widerstandsbewegung wertvolle Information zukommen zu lassen. 1943 waren deutsche Emigranten an der Aktion des dänischen Widerstands beteiligt, die Juden des Landes und die deutschen Juden vor den Vernichtungslagern der Nazis zu bewahren.

Das bewies, daß auch nach der Besetzung Dänemarks der deutsche Widerstand in diesem Land tätig blieb und ein anderes, besseres Deutschland verkörperte.

Kriegsende 1945:

Die Arbeit für ein neues, besseres Deutschland in Dänemark geht weiter

In den ersten drei Monaten des Jahres 1945 wurden ca. 250 000 „Zivilevakuirte“ aus den deutschen Ostgebieten nach Dänemark gebracht. Dort war man über den ungebetenem Bevölkerungszuwachs wenig erfreut, um es einmal höflich untertreibend auszudrücken. Doch zu diesem Zeitpunkt waren die Dänen noch nicht wieder Herr im eigenen Haus. Nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands versuchten die dänischen Behörden, die Flüchtlinge ins ehemalige Reich abzuschieben, was jedoch am Widerstand der Besatzungsmächte in Deutschland scheiterte, da die katastrophale Versorgungslage die zusätzliche Aufnahme von 250 000 Menschen nicht zuließ. Dänemark mußte sich also notgedrungen dieser Deutschen annehmen, die zunächst bei ihrer Ankunft von der Auffassung ausgingen, der Führer habe ihnen dieses Land geschenkt! Entsprechend benahmten sich auch viele von ihnen, so daß nicht nur die dänischen Behörden die Notwendigkeit von antifaschistischer Aufklärungsarbeit in den inzwischen

geschlossenen großen Sammellagern feststellten.

Die noch in Dänemark lebenden Emigranten bzw. diejenigen, die inzwischen aus Schweden nach Dänemark zurückgekommen waren, erkannten ihre praktische Aufgabe, in den Lagern für ein demokratisches Deutschland zu arbeiten. Die Voraussetzung für ein besseres Deutschland waren ja Menschen, die sich erst einmal von der faschistischen Ideologie lossagen mußten und die dann wieder mit demokratischem Gedankengut vertraut gemacht werden sollten.

Neben einer intensiven Vortragstätigkeit der Emigranten über Deutschlands politische und ökonomische Situation in der Gegenwart und in der Zukunft war die Lagerzeitung „Deutsche Nachrichten“ das wesentliche Mittel zur Vorbereitung auf ein demokratisiertes politisches Leben in einem zukünftigen Deutschland. Diese Zeitung war ursprünglich ein illegales Mitteilungsblatt, das seit August 1943 von deutschen Kommunisten herausgebracht worden war und an deutsche Besatzungssoldaten, die deutsche Kolonie in Kopenhagen und die deutsche Minderheit in Sønderjylland/Nordschleswig verteilt wurde. Nach der Ankunft der deutschen Flüchtlinge in Dänemark wurde versucht, die Zeitung auch in den Lagern zu verteilen, doch konnte das vom deutschen Betreuungsdienst zum damaligen Zeitpunkt oft noch verhindert werden. Am 4. Mai kapitulierte dann endlich die deutsche Wehrmacht in Dänemark, und die „Deutschen Nachrichten“ konnten am 12. Mai ihre erste halblegale Nummer herausbringen. Die Landesgruppen der SPD und der KPD hatten sich inzwischen geeinigt, einen gemeinsam besetzten Redaktionsausschuß zu gründen und die „Deutschen Nachrichten“ fortan als deutschsprachige demokratische Wochenzeitung herauszugeben. In der Zeit zwischen Mai und November 1945 war das Blatt auf private Geldmittel zur Finanzierung angewiesen, wobei neben Zuwendungen von dänischen Privatpersonen vor allen Dingen die Organisationen der dänischen Arbeiterbewegung die Hauptlast der Kosten trugen. Am 1. November wurden die „Deutschen Nachrichten“ dann offiziell von der neugegründeten staatlichen Flüchtlingsverwaltung finanziert und herausgegeben. Verantwortlicher Redakteur wurde ein Däne, während die Redaktionsleitung de facto in deutschen Emigrantenhänden blieb und auch die politische Richtung unkorrigiert beibehalten wurde.

Die Redaktion war am Anfang mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Da war die große psychische Belastung der Flüchtlinge, ihre Unsicherheit über die Zukunft und ihr Unverständnis über die Lage, in der sie sich befanden. Zwölf Jahre faschistischer Indoktrination ließen bei ihnen ein Mißtrauen gegen das „plötzliche“ Auftauchen einer Zeitung entstehen, die sie mit Wahrheiten konfrontierte, die ihnen unter der Hitler-Diktatur verschwiegen wurden oder die sie verdrängt hatten. Hinzu kam, daß noch vor der Kapitulation eingesetzte Lagerführer in altem Nazi-Geist schalten und walten konnten, bis sie schließlich von der dänischen

Flüchtlings-Verwaltung abgesetzt wurden. Erst danach war es möglich, daß sich auch demokratische Stimmen innerhalb der Lager zu Wort meldeten, was durch die Zeitung auch gefördert wurde, indem sie regelmäßig viele Leserbriefe zu kontroversen Themen abdruckte. Aufforderungen zur Diskussion stellten besonders die Kolumnen des ersten Chefredakteurs, Hans Reinowski, dar, der es vermochte, auch bei heiklen Themen die Dinge auf den Punkt zu bringen und so z. B. das Nachdenken über die Verbrechen der vergangenen deutschen Politik in Gang zu setzen.

Aufklärung und politische Diskussion waren jedoch nicht die einzigen Zielsetzungen der Zeitung. Zur umfassenden Entwicklung von demokratischem Bewußtsein gehörte nach Auffassung der Redaktion ebenso Bildung und Kultur. Die „Deutschen Nachrichten“ gestalteten ein Feuilleton mit Beiträgen von Autoren, die den meisten Lesern sicher bislang unbekannt geblieben waren. Hinzu kamen Artikel aus den eigenen Federn der Redakteure sowie Arbeiten aus den Lagern, die in der Zeitung veröffentlicht wurden. Außerdem erschien vierzehntäglich eine Kirchen- und eine Kinderseite.

Als im Herbst 1948 das Gros der deutschen Flüchtlinge Dänemark wieder verlassen hatte, wurden am 15. November des Jahres auch die „Deutschen Nachrichten“ eingestellt. Bis dahin waren sie wöchentlich in einer Auflage von zwanzigtausend Exemplaren verteilt worden. Es war bestimmt die einzige deutschsprachige Zeitung, die direkt nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands in einem ehemals besetzten Land erschien. Ihr Wert für einen demokratischen Neuanfang in Deutschland kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

NACHSCHRIFT

Die Geschichte der deutschen politischen Emigration — der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen oder auch bürgerlichen Emigration — in Dänemark ist bisher vergleichsweise unzureichend erforscht. Der Verfasser ist daher an Materialien aus der Emigration sowie an Gesprächen mit ehemals Beteiligten sehr interessiert und bittet deshalb diejenigen, die etwas beitragen können, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Er ist für jeden Hinweis dankbar.

LITERATURHINWEISE zum Thema — eine Auswahl

Richard Andersen, Danmark i trediveerne, København 1968 (Dänemark in den dreißiger Jahren).

Walter A. Berendsohn, Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigrantenliteratur. Teil 1, Zürich 1946, Teil 2, Worms 1976!!

Rasmus Bonde-Larsen, Røde Ras. En beretning om solidaritet — fortalt til Torben Bjerg Clausen, København 1983.

Otto Buchwitz, Fünfzig Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin/DDR

1973, 4. Auflage.

Die deutsche politische Emigration 1933-1945, Katalog zur Ausstellung. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1972.

Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933-1945, Hannover-Frankfurt/M. 1960.

Aage Friis, De tyske politiske emigranter i Danmark 1933-46, in: „Politiken“ vom 8. und 9. Mai 1946.

Jørgen Hæstrup, Die dänisch-deutschen Beziehungen von 1933 bis 1945, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Jg. 1961/62, S. 196-209.

Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 bis 1945, Frankfurt/M. 1980.

Ludwig Hoffmann/Curt Trepte, Exil in Skandinavien, in: Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina, Leipzig 1980, S. 309-357.

Carl Madsen, Flygtning 33, København 1972.

Gerhard Moltsen, Geschichte der Ochseninseln, Schleswig 1982.

Karl Raloff, Et bevæget liv, København 1969.

Max Spangenberg, Antifaschistischer Kampf deutscher Kommunisten in Dänemark, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1977, H. 4, S. 617-635.

Ole Stender-Petersen, Den tyske, kommunistiske emigration i Danmark 1933-1945, in: Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie, Nr. 10, 1978, S. 4-17.

Die Wahrheit in Deutschland 1933 (Sandheden om Tyskland - fortalt af en tysk social demokrat), Rückübersetzung einer dänischen Aufklärungsbroschüre, mit einem Vorwort von Hans Hedtoft-Hansen im Juli 1933, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) — Landesorganisation Hamburg, Hamburg o. J. (1982).

Neuengamme und die Folgen*

Der tschechische Widerstandskämpfer und Antifaschist Julius Fucik schrieb in der Todeszelle folgende Zeilen:

„Um eines bitte ich:
Ihr, die ihr diese Zeit überlebt,
vergeßt nicht ! ...
Sammelt geduldig die Zeugnisse über jene,
die für sich und für Euch gefallen sind,
eines Tages wird das Heute Vergangenheit sein,
wird man von der großen Zeit
und den namenlosen Helden sprechen,
die Geschichte gemacht haben.
Ich möchte, daß man weiß,
daß es keine namenlosen Helden gegeben hat.
Daß es Menschen waren,
die ihre Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht
und ihre Hoffnung hatten,
und daß deshalb der Schmerz auch des letzten unter ihnen
nicht kleiner war als der Schmerz des ersten,
dessen Namen erhalten bleibt.
Ich möchte,
daß sie alle Euch immer nahe bleiben
wie Bekannte, wie Verwandte,
wie ihr selbst.“

Sieht man sich um in unserem Land, so ist diese Bitte nicht erfüllt worden. In jedem kleinen Ort gibt es Kriegerdenkmäler mit den Namen der Gefallenen. Wo gibt es Denkmäler mit den Namen der Widerstandskämpfer und der Verfolgten? Wenn ich richtig informiert bin, gibt es auch in Flensburg kein entsprechendes Denkmal. Ich habe allerdings bei der Durchsicht der Akten des Hanseatischen Oberlandesgerichtes festgestellt, daß es bis in den Krieg hinein aktive sozialdemokratische und kommunistische Widerstandsgruppen in Flensburg gab.

* Dr. Ludwig Eiber ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um einen Vortrag, den er am 30. Mai 1984 in der Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg, anlässlich der Ausstellung „Das KZ Ladelund 1944“ gehalten hat. Die Ausstellung wird vom 30. Mai bis zum 1. Juli 1984 im Städtischen Museum Flensburg gezeigt. Siehe dazu auch die Rede von Jörn-Peter Leppien, die wir im Anschluß an Eibers Vortrag wiedergeben.

Die Red.

Viele dieser Männer und Frauen wurden dafür in Gefängnisse und Zuchthäuser gesteckt, oder in Konzentrationslager verschleppt. Wer kennt heute ihre Namen? — Das ist nicht nur in Flensburg so, in Hamburg ist es nicht besser.

Es kommt noch ein anderes hinzu: mit den Gefallenen werden sowohl jene geehrt, die den Krieg haßten und gegen ihren Willen in diesen Raub und Vernichtungskrieg geschickt wurden als auch jene, die mitgeholfen haben, diesen Krieg vorzubereiten, die ihn begrüßt und sich auch persönlich an Kriegsverbrechen beteiligt haben.

Jene, die gegen die Vorbereitung des Krieges Widerstand leisteten, die dafür in Zuchthäusern oder Konzentrationslagern litten, die hingerichtet oder ermordet wurden — ihre Taten sind unbekannt und ihre Namen kennt niemand.

Obwohl es in einem wichtigen, 1951 verabschiedeten Gesetz über sie heißt: „daß der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und States war ...“ wurde Wiedergutmachung lediglich als finanzielle — nicht als moralische und politische Aufgabe verstanden. Der Zweite Weltkrieg, von der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Führung Hitlerdeutschlands als Raub- und Vernichtungskrieg geführt, sollte nach deren Willen zu einem neuen Europa führen — einem neuen Europa, beherrscht von der deutschen Militärmacht, einem neuen Europa, ausgebeutet von der deutschen Wirtschaft, einem neuen Europa, in dem Gegner, Juden, Slawen, Behinderte systematisch ausgerottet wurden, einem neuen Europa, in dem der Völkerhaß propagiert wurde, einem neuen Europa, in dem Gestapo und Sicherheitsdienst jede nonkonforme oder gar antifaschistische Regung registrierten und verfolgten.

Es gab aber noch ein anderes Europa, das Europa des Widerstandes. Männer und Frauen kämpften im Reich, in den besetzten Gebieten gegen die Unterdrückung, gegen die Fremdherrschaft und gegen den Krieg. An einem Ort trafen sie jedoch aufeinander — im Konzentrationslager.

Die Konzentrationslager waren 1933 eingerichtet worden, um die politischen Gegner — allen voran die Kommunisten und Sozialdemokraten — auszuschalten. Sie sollten durch die Haft und die unmenschliche Behandlung körperlich und moralisch zermürbt werden. Aber man scheute auch vor keinem Mord zurück. Zum anderen sollte die große Zahl der Unzufriedenen und Aufbegehrenden abgeschreckt werden.

Im Krieg hatte die SS dieses System des Terrors und der Abschreckung auf das ganze besetzte Europa ausgedehnt. Gleichzeitig hatte sich auch die Aufgabe der Konzentrationslager verändert. Ab Mitte der 30er Jahre schufteten die Häftlinge als Sklaven für den Profit der SS in Steinbrüchen und Klinkerwerken. Bereits im Vorfeld des Krieges begannen die Konzentrationslager zu Orten der Vernichtung

von Menschen zu werden. Menschen wurden ermordet durch Arbeit, Massenerschießungen, durch Vergasung, tödliche Spritzen und andere Methoden. — Ab 1942 wurden die Häftlinge in großer Zahl in der Rüstungsindustrie und bei militärischen Baumaßnahmen eingesetzt. So wurden deutsche Arbeitskräfte für die Front frei, die immer mehr Männer verschlang. Mehr als 1000 KZ-Außenlager überzogen das Reichsgebiet mit einem dichten Netz. In Schleswig-Holstein befanden sich Außenlager des KZ-Hauptlagers Neuengamme in Wedel, Kaltenkirchen, Neustadt, Lütjenburg, Mölln, Kiel, Husum und Ladelund. — Der Einsatz in der Rüstungsindustrie brachte zwar in manchen Fällen Vorteile für die Häftlinge, änderte aber nichts an der Massenvernichtung durch Arbeit, wie das Beispiel Ladelund zeigt, wo die Gefangenen bei militärischen Baumaßnahmen eingesetzt wurden.

In das KZ Neuengamme, dem die Außenlager in Norddeutschland unterstanden, wurden im Verlauf des Krieges ca. 106.000 Häftlinge eingeliefert. Etwa die Hälfte kam ums Leben. Von den Eingelieferten stammten 30 000 aus der Sowjetunion, 18 000 aus Polen, 11 000 aus Frankreich, 9 000 aus dem Reichsgebiet, 6 000 aus den Niederlanden und jeweils über 4 000 aus Belgien und Dänemark. Von den deutschen stammten nur etwa 10 % aus dem antifaschistischen Widerstand. Die Ausländer waren fast durchweg politische Gefangene: sie hatten in der Resistance gekämpft, hatten die Zwangsarbeit für die deutsche Kriegsindustrie verweigert, sie hatten es, wie luxemburgische oder dänische Polizisten, abgelehnt, sich als verlängerter Arm der deutschen Besatzungsherrschaft gegen ihre eigenen Landsleute mißbrauchen zu lassen, oder sie wurden als Geiseln in die KZs verschleppt, wie die gesamte männliche Bevölkerung des niederländischen Ortes Putten Anfang Oktober 1944.

Die Herrschaft über diese internationale Häftlingsgesellschaft versuchte die SS mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten: mit brutaler Gewalt, mit der Bevorzugung gewisser Häftlingsgruppen, mit dem Schüren nationaler Vorurteile unter den Häftlingen. Dennoch haben es die Häftlinge in den Konzentrationslagern geschafft, in einer Zeit des Mordens, der Demütigung, der Verhetzung trotz Sprachbarrieren und nationaler Ressentiments, trotz des im Krieg entstandenen Hasses, eine Keimzelle eines anderen Europas zu schaffen, eines Europas gegen Krieg und Unterdrückung: Wie in fast allen Konzentrationslagern gab es auch in Neuengamme eine illegale internationale Häftlingsorganisation — unter Einschluß der Deutschen. Dies ist nicht selbstverständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß viele ausländische Häftlinge die Deutschen nur in zwei Varianten erlebten: als Besatzer und Schläger, sei es in Form von SS-Leuten oder kriminellen Kapos wie in Ladelund.

Viele Menschen hier in der Bundesrepublik glauben, die Geschichte der

Konzentrationslager sei abgeschlossen und vorbei und es sei falsch, sie immer wieder aufzurühren. Aber ist sie vorbei? Ist sie vorbei für den Häftling, der durch die Leiden und Strapazen für sein Leben gekennzeichnet ist, den die Wunden und Narben heute noch schmerzen, der an seelischen Depressionen leidet, der nachts in Angstträumen die Schrecknisse der Haft wieder und wieder erleben muß? — Ein großer Teil der Häftlinge wird von den Spätfolgen ihrer KZ-Haft bis zu ihrem meist frühen Tod geplagt. Besonders aber leiden sie an der Vereinsamung und an dem Gefühl, auch heute noch deswegen ausgestoßen zu sein.

Da hatten die SS-Männer ein besseres Los gezogen. Wer die ersten Prozesse überstand, die noch die Alliierten führten, konnte einer ruhigen Zukunft entgegensehen. Anfang der 50er Jahre wurden fast alle NS-Verbrecher aus den Gefängnissen entlassen. Soweit neue Prozesse überhaupt geführt wurden, fanden die KZ-Mörder meist milde Richter. — Seit 1960 wird nur noch Mord verfolgt. — Gegen den SS-Sturmführer Arnold Strippel, der nach Aussage anderer SS-Leute als Kommandant des KZ-Außenlagers Bullenhuser Damm in Hamburg an der Ermordung von 20 jüdischen Kindern beteiligt war, wurde nach jahrzehntelangen Bemühungen erst 1983 Anklage wegen Kindermord erhoben. Vermutlich wird das Verfahren eingestellt.

Nur selten wird berichtet, daß SS-Leute sich wegen ihrer Beteiligung an KZ-Verbrechen schuldig fühlen und darunter leiden. Die HIAG, eine Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, der auch die Kommandanten und Wachmannschaften der Konzentrationslager angehört haben, ist heute als gemeinnützige Organisation anerkannt. Sie wird nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Wohl aber die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN), der zahlreiche ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge — vor allem Kommunisten — angehören. Was ist mit den ehemaligen Konzentrationslagern geschehen? Wurden im Ausland bereits Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre an den Orten der ehemaligen KZs Gedenkstätten errichtet, so dauerte es in Dachau bis 1965, in Hamburg gar bis 1981, ehe man dort Ausstellungen einrichtete, die über die Geschichte des Lagers informieren. Viel schwerwiegender waren noch die Verdrängung und das bewußte Vergessenmachen, wie es in der Nachkriegszeit praktiziert wurde. Völlig in Vergessenheit gerieten die Außenlager, sogar wenn sich, wie in Husum, eine Gedenkstätte auf dem Friedhof befand.

Ein positives Beispiel — meines Wissens aber auch das einzige im Bundesgebiet — ist Ladelund. Auf Initiative des damaligen Pastors Meyer wurden Kontakte zu den Familien der dort umgekommenen Männer aus dem niederländischen Dorf Putten aufgenommen, aus denen sich enge freundschaftliche Beziehungen beider Gemeinden entwickelt haben. Wenngleich das Bild von Pastor Meyer für die Zeit

bis 1945 nach der kürzlich veröffentlichten Studie von Jörn-Peter Leppien in mancher Beziehung korrigiert werden muß,¹ so ist es doch Meyers bleibender Verdienst, einen positiven Weg aufgezeigt zu haben, wie eine Gemeinde, die von der SS mit einem KZ gebrandmarkt wurde, diesen Teil ihrer Geschichte bewältigen kann — ein Weg, der seit langem von Pastor Richter mit viel Erfolg weitergegangen wird.

Überblickt man die ersten dreieinhalb Jahrzehnte der Nachkriegsgeschichte, so kann man feststellen, daß durch die Weigerung, sich auch mit diesem Teil des historischen Erbes zu befassen, neue Schuld entstand. Es ist nicht die Schuld unserer Väter — es ist unsere Schuld. Daß dies so gekommen ist, ist jedoch nicht so sehr die Schuld des „Mannes auf der Straße“, sondern die der „Vordenker“ und „Macher“. Eine Gruppe möchte ich dabei besonders ansprechen, der auch ich angehöre: die Historiker. Sie tragen eine besondere Verantwortung, weil sie es sind, die Geschichte schreiben und damit für andere verfügbar machen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen,² sind die Historiker in der Bundesrepublik dem Thema Konzentrationslager bis vor wenigen Jahren mit Erfolg aus dem Weg gegangen. Erst in den letzten Jahren zeichnete sich hier eine Wendung zum besseren ab.

Was Neuengamme betrifft, so wird in diesem Sommer ein Sammelband über die KZ-Außenlager in Hannover erscheinen, der von einer Forschungsgruppe der Universität Hannover unter der Leitung von Professor Obenaus erarbeitet wurde. Diese Studie markiert einen neuen Abschnitt in der Erforschung der Geschichte der Konzentrationslager, da viele bisher unbenutzte Archive und Dokumente eingesehen, aber auch viele Befragungen durchgeführt wurden.

Die Hauptarbeit bei der Aufarbeitung der Geschichte der Konzentrationslager wurde jedoch von den ehemaligen Häftlingen selbst geleistet. Eugen Kogons Buch über den SS-Staat³ und Hermann Langbeins Bücher über Auschwitz⁴ gelten heute als Klassiker. Aus der langen Reihe derer, die hier zu nennen wären, möchte ich nur noch Fritz Bringmann hervorheben, der zwei Bücher über Neuengamme verfaßt hat.¹

Die zweite wichtige Gruppe, die sich relativ frühzeitig dem Thema widmete, sind die Journalisten. Die Dokumentation Raimund Schnabels „Macht ohne Moral“⁵ ist heute noch ein Standardwerk für jeden, der sich mit dem Thema beschäftigt. Im Neuengammer Bereich ist vor allem Günther Schwarberg zu nennen.¹

In den letzten Jahren ist das Interesse an der Regional- und Lokalgeschichte beträchtlich gestiegen. Damit sind auch neue Gruppierungen auf dieses Thema gestoßen. Es sind zum einen Heimatgeschichtsforscher wie Gerhard Hoch, der eine vorbildliche Arbeit über das Außenlager Kaltenkirchen veröffentlicht hat,¹ häufiger aber noch Initiativen, Gruppen oder Schulklassen, die sich daran machten, diesen Aspekt ihrer Heimatgeschichte zu erforschen.

Ich möchte im folgenden an einigen Beispielen die Arbeit, Ergebnisse und Möglichkeiten solcher Geschichtsarbeit darstellen:

Einen wesentlichen Impuls dazu hat der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten gegeben. Im Rahmen dieses Wettbewerbs beteiligte sich eine 9. Klasse des Gymnasiums Oberalster mit einer Arbeit über das Hamburger KZ-Außenlager Sasel. Es gibt in Sasel nichts mehr, was an das KZ erinnert. Durch Aufrufe in Zeitungen und Nachforschungen in Archiven stieß die Gruppe auf eine Reihe von Zeitzeugen und Dokumenten. Die Unterlagen wurden gesammelt und eine Dokumentation zusammengestellt.¹ Sie wurde inzwischen von der Schulbehörde nachgedruckt und unentgeltlich an sämtliche Hamburger Schulen verteilt. Ein Teil der Gruppe blieb auch später noch zusammen und regte an, den Ort des ehemaligen Konzentrationslagers durch einen Gedenkstein zu kennzeichnen. Dieser Stein wurde im letzten Jahr gesetzt. Die Frauen des KZ-Kommandos, Jüdinnen aus Polen und der Tschechoslowakei waren beim Bau von Behelfswohnheimen eingesetzt gewesen, eine schwere Arbeit. Die Betonplatten und Pfeiler stammten aus dem KZ Neuengamme. Als 1983 die letzten dieser Häuser abgerissen werden sollten, wurde auf unsere Initiative und die der örtlichen VVN ein Haus erhalten und unter Denkmalschutz gestellt. Es soll in diesem Sommer als Gedenkstätte mit einer kleinen Ausstellung über dieses Außenlager eröffnet werden.

In Neuengamme selbst finden seit 1982 jeden Sommer auf dem KZ-Gelände internationale Friedensworkcamps statt, die vom Landesjugendring Hamburg veranstaltet werden. Jugendliche aus mehreren europäischen Ländern schufen 1982 einen Rundweg, der den Blick auf die noch erhaltenen Gebäude eröffnet.

1983 wurde eine Tongrube rekonstruiert und ein antifaschistisches Wandbild geschaffen. 1984 finden zwei Camps statt, ein Projekt „Spurensicherung,“ vom 25. 6. bis 7. 7. mit Ausgrabungen und eine „Kulturwerkstatt“ vom 15. 7. bis 25. 7. — Diese Workcamps und andere Arbeitseinsätze sind eine sehr wichtige Möglichkeit, das dunkelste Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten.

Besonders erwähnenswert ist auch die Initiative des Bremers Rainer Habel, die sich auf das KZ-Außenlager in Bremen-Farge bezieht; Rainer Habel, ein Bremer, dessen Vater U-Bootfahrer gewesen war, interessierte sich für die Geschichte des U-Boot-Bunkers in Bremen-Farge. Bei den Nachforschungen, die auch von uns unterstützt wurden, stieß er auf die Tatsache, daß beim Bau auch fast 3 000 KZ-Häftlinge eingesetzt waren, von denen hunderte ums Leben kamen. Im letzten Jahr vermittelten wir ihm den Kontakt mit einer Besuchergruppe aus Frankreich (ehemalige Häftlinge und Angehörige). Aus den Kontakten entstand der Gedanke an eine Einladung an die ehemaligen französischen Farge-Häftlinge auf Kosten des Bremer Senats sowie die Errichtung eines Mahnmals auf dem Platz vor dem Bunker und die Anbringung einer Tafel am Bunker selbst. Da Herr Habel gute

Kontakte zur Bremer SPD-Führung hatte, Hans Koschnik, der Bremer Bürgermeister, selbst Bundesbeauftragter für die Kontakte nach Frankreich war — ergab sich eine günstige Konstellation. Das Vorhaben konnte im letzten Herbst verwirklicht werden, nicht zuletzt dank der Unterstützung durch Presse und Rundfunk.

Der wichtigste Schritt war die Begegnung mit den ehemaligen Häftlingen. Seit Beginn der 50er Jahre führen die Franzosen sogenannte Pélérinagen, Gedenkfahrten an die Orte der ehemaligen Konzentrationslager durch. Besuchergruppen ehemaliger Häftlinge kommen auch aus Belgien, Dänemark und Norwegen. Sie wurden bislang wenig beachtet. Zwar waren fast immer offizielle Vertreter — meist in untergeordneten Rängen — bei Kranzniederlegungen anwesend. Das eindrucksvollste Erlebnis für diese Gruppen war es, wenn sie plötzlich interessierten jungen Deutschen begegneten. Auch für die Jugendlichen ist es ein eindrucksvolles Erlebnis, mit diesen ehemaligen KZ-Häftlingen zu sprechen und von ihnen eine Schilderung ihrer Erlebnisse zu hören. Eine der eindrucksvollsten Veranstaltungen in dieser Beziehung, die ich miterlebte, waren die Berichte von Benjamin Mørch und Paul Thygesen am 30. 1. 1983 in Husum. Die Veranstaltung war von Klaus Bästlein und der „Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager“ in Husum in vorbildlicher Weise organisiert worden. Über 800 Personen, unter ihnen viele Jugendliche, waren anwesend.⁶ Die Arbeitsgruppe hat die Geschichte dieses KZ-Außenlagers aus der Vergessenheit geholt und bemüht sich um die Errichtung einer Gedenkstätte am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers.⁷

Auch Ihre Ausstellung über das KZ Ladelund, die mir sehr gut gefallen hat, wird ein Beitrag sein, die Geschichte der namenlosen Opfer des Faschismus in die Erinnerung zurückbringen und so ihr Vermächtnis einzulösen. Ich danke Herrn Dr. Leppien und seinen drei Mitarbeitern für ihre vorbildliche Arbeit.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe dazu die im folgenden abgedruckte Bibliographie: „Das KZ Neuengamme — Literatur in Auswahl“.
- 2 Genannt sei hier vor allem das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte für den Auschwitzprozeß, abgedruckt unter dem Titel: Anatomie des SS-Staates, 2 Bde. Hrsg. von Hans Buchheim u. a. München 1967. — Von demselben Institut erarbeitet: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart 1970. — Ferner: Eberhard Kolb, Bergen Belsen. Geschichte des „Aufenthaltslagers“ 1943-1945. Hannover 1962. — Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg 1978.
- 3 Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. 8. Aufl. München 1977.

- 4 Hermann Langbein. Menschen in Auschwitz. Wien 1972. — Ders., ... nicht wie Schafe zur Schlachtbank, Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938 bis 1945. Frankfurt/M. 1980.
- 5 Raimund Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1958.
- 6 Siehe dazu auch den Bericht von Friedrich Pingel in den „Grenzfriedensheften“ 1/1983, S. 32-36.
- 7 Im vorliegenden „Grenzfriedensheft“ findet sich im Buchbesprechungsteil eine Rezension der von der Arbeitsgruppe herausgegebenen Schrift über „Das KZ Husum-Schwesing“ sowie in der Umschau ein Bericht über die Pläne zur Errichtung einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ-Gelände.

DAS KZ NEUENGAMME — LITERATUR IN AUSWAHL

1. KZ Neuengamme allgemein/Hauptlager/Gedenkstätte

- Bringmann, Fritz. KZ Neuengamme. Berichte, Erinnerungen, Dokumente. Frankfurt/M. 1981.
- Eiber, Ludwig. Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945. Hrsg. vom Museum für Hamburgische Geschichte. Hamburg o. J. (1981).
- Eröffnung des Dokumentenhauses der Gedenkstätte Neuengamme, 18. Oktober 1981. Hrsg. vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1982.
- Goguel, Rudi. „Cap Arcona“. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945. Frankfurt/M. 1982.
- Johe, Werner. Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager im Hamburg. Hamburg 1981.
- Ein KZ in Hamburg - Nie gehört! Dokumentation der Diskussion über die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hrsg. Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme. Hamburg o. J. (1981).
- Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen. Dokumentation „Antifaschistisches Wandbild“ des 2. Internationalen Friedensworkcamps 1983 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme. Hrsg. vom Landesjugendring Hamburg 1983.
- Meier, Heinrich Christian. So war es. Das Leben im KZ Neuengamme. Hamburg 1946.
- Meyer, Gertrud. Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente. Frankfurt/M. 1971.
- Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Internationales Friedenswork-Camp Neuengamme '82. Materialien zur Geschichte des KZs und des Camps. Hrsg. vom Landesjugendring Hamburg. Hamburg o. J. (1982).
- Schwarberg, Günther. Angriffsziel Cap Arcona. Hamburg 1983.
- So ging es zu Ende. ... Neuengamme. Dokumente und Berichte. Hrsg. von der Lagergemeinschaft Neuengamme. Hamburg 1960.
- Studien zur Geschichte der Konzentrationslager (Schriftreihe der Vierteljahresheile für Zeitgeschichte Nr. 21). Stuttgart 1970.

2. Außenlager und Kommandos

- Aus der Geschichte Lurups während der Nazi-Herrschaft. Hrsg. vom Arbeitskreis gegen Neofaschismus in der Emmausgemeinde. Hamburg o. J. (1979).

- Außenlager Porta Westfalica. Konzentrationslager Neuengamme. Bearbeitet von Jörg Hartmann und Jörg Meyer. RS 10 o. A.
- Bringmann, Fritz. Kindermord am Bullenhuser Damm. SS-Verbrechen in Hamburg 1945. Menschenversuche an Kindern. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme für die BRD e. V. Hamburg 1978.
- Brüggemann, Klaus-Dieter, Margarethe Dreibrodt, Hans-Joachim Meyer, Otto Nehring. Die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg. Zeugnisse und Berichte 1933-1945. Hrsg. von der VVN — BdA Harburg/Wilhelmsburg. Hamburg 1980.
- Eiber, Ludwig. „Kola-Fu“. Konzentrationslager und Gestapogefängnis Hamburg- Fuhlsbüttel 1933-1945. Hamburg 1983.
- Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen - Dokumente - Totenliste - Initiativen für eine Gedenkstätte. Hrsg. von der VVN — BdA Fuhlsbüttel-Langenhorn-Norderstedt. Hamburg 1933.
- Habel, Rainer. „Blumen für Farge“. Eine kleine Presse-Chronik. Bremen o. J. (1983).
- Hoch, Gerhard. Hauptort der Verbannung. Das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen. Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen 1933-1945. Bad Segeberg 1979.
- Hütgens, Matthias. Das Außenlager Eidelstedt des KZ Neuengamme. Der Alltag im Lager und Berichte von Anwohnern. (masch.)
- Konzentrationslager in Hannover 1943-1945. Ausstellungskatalog. Hrsg. vom Kulturamt der Landeshauptstadt Hannover. Hannover o. J. (1983).
- Das Kreuz am Konzentrationslager Schandelah. Hrsg. Grüne Bürgerliste für den Landkreis Wolfenbüttel. O. A.
- Krieg und Frieden in Wandsbek. Hrsg. vom Aktionskreis Frieden der Christuskirche Wandsbek. Hamburg o. J. (1983).
- Das KZ-Außenlager Hannover-Mühlenberg. „Vernichtung durch Arbeit“. Hrsg. vom Freizeit- und Bildungszentrum Weiße Rose. Hannover o. J. (1981).
- Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zum dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte. 2. verb. Aufl. Hrsg. von Klaus Bästlein u. a. Bredstedt 1983.
- KZ Sasel. Geschichte eines Außenlagers. Hrsg. von der Schulleitung des Gymnasiums Oberalster. Hamburg 1982.
- KZ Wedel. Das vergessene Lager. Hrsg. von der Christus-Kirchengemeinde Wedel. Wedel 1983.
- Leppien, Jörn-Peter. „Das waren keine Menschen mehr ...“. Aus der Chronik der Kirchengemeinde — Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Lade lund 1944. Eine quellenkritische Studie. Flensburg 1983.
- Materialien zum ehemaligen KZ Hannover-Stöcken. Hrsg. VVN — Bund der Antifaschisten, Gruppe Garbsen. O. A. (1982).
- Nie wieder! Dokumentation der Demonstration und Kundgebung 3. Mai in Bremervörde und Sandbostel. Bremervörde 1980.
- Obenaus, Herbert. Die Erschießung auf dem Seelhorster Friedhof in Hannover 1945. Hannover 1982.
- Perk, Willy. Hölle im Moor. Zur Geschichte der Emslandlager 1933-1945. Frankfurt/M. 1979. Projekt „Spurensicherung“. „Lager“ in Bremen-Nord. Hrsg. vom Schulzentrum an der Lehmhorster Straße. Bremen (masch.).

- Riespott. KZ an der Norddeutschen Hütte. Berichte, Dokumente und Erinnerungen über Zwangsarbeit 1935-1945. Hrsg. von der Kollegengruppe der Klöckner-Hütte Bremen. Bremen 1984.
- Schminck-Gustavus, Ch. (Hrsg.). Bremen - Kaputt. Bilder vom Krieg 1939-1945. Berichte - Dokumente - Erinnerungen. Bremen 1983.
- Schwarberg, Günther. Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm. München 1982.
- Verzeichnis der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos gemäß § 42 Abs. 2 BEG, in: Bundesgesetzblatt Nr. 64 vom 24. Sept. 1977. Teil I. S. 1787-1852.
- Wysocki, Gerd. Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke „Hermann Göring“ 1937-1945. Braunschweig 1982.

3. *Didaktische Hilfen*

- Erzählte Geschichte. Berichte zur Mitwirkung antifaschistischer Widerstandskämpfer im Schulunterricht und bei Stadtführungen. Hrsg. vom VVN — BdA. Hamburg 1982. 3. erweiterte Auflage 1983.
- Garbe, Detlef, Herbert Hotte und Wilfried Müller. Konzentrationslager Neuengamme. Vorschläge zur Behandlung im Unterricht. Hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst. Hamburg 1983.
- Hotte, Herbert. Aktualisierte Geschichte. Über die Arbeit mit Jugendlichen im Dokumentenhaus KZ Neuengamme. Hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst. Hamburg 1982.
- Hotte, Herbert. Vergangenheitsbewältigung und Ausländerfeindlichkeit. Eine Befragung von Jugendlichen im Dokumentenhaus KZ Neuengamme. Hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst. Hamburg 1984.
- KZ Neuengamme. Didaktisches Material für die Vorbereitung eines Besuches von Schulklassen. Sonderdruck aus: Hamburger Lehrerzeitung 1/82.

Das KZ Ladelund 1944

*Zur Konzeption einer Ausstellung**

Relevanz des Themas

300 Tote aus 13 Nationen von Anfang November bis Mitte Dezember 1944, 300 von 2 000 bis 3 000 KZ-Häftlingen, die in den Massengräbern am Rande des Ladelunder Friedhofes begraben wurden — zu Skeletten abgemagert, von Krankheit gezeichnet, manche grausam verstümmelt, Überreste menschlichen Lebens. — Dazu Hunderte, die auf dem Rücktransport ins KZ-Hauptlager Neuengamme oder in den dortigen sog. „Schonungsblocks“ an den unmittelbaren Folgen ihres kurzen Aufenthaltes in Ladelund zugrunde gingen.

Sollte man all das Schreckliche nicht endlich vergessen — nach 40 Jahren? Sie wissen, meine Damen und Herren, daß wir, die Ausstellungsgruppe „KZ Ladelund“ an der Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg, diese Frage mit einem entschiedenen „Nein“ beantworten. Die Begründung für dieses „Nein“ liegt eigentlich auf der Hand. Aus gegebener Veranlassung möchte ich hier jedoch kurz darauf eingehen, und zwar in Form von sechs knappen Feststellungen:

1. Die Geschichte des KZ Ladelund ist ein Feld historischer Forschung. Wissenschaft aber würde ihre Aufgabe verfehlen, wollte sie sich danach richten, ob ihr Gegenstand und ihre Ergebnisse einige Mitbürger in ihrer unreflektierten Ruhe stören. — Opportunitätsgründe sind keine wissenschaftlichen Kriterien.

2. Das Verdrängen unbequemer Fragen und Antworten widerspricht nicht nur wissenschaftlichen Prinzipien, es ist zugleich mit den allgemeinen Geboten intellektueller Sachlichkeit und Redlichkeit unvereinbar, ganz zu schweigen von den verheerenden Folgen des Verdrängens aus psychotherapeutischer Sicht.¹

3. Die Geschichte der Konzentrationslager ist ein Thema historischer Bildung. Sie ist daher in den Geschichtslehrplänen aller Schularten, in der Mittelstufe wie in der Studienstufe, fest verankert, muß also im Unterricht berücksichtigt werden. — Dabei bietet es sich an, die besonderen didaktischen und methodischen Möglichkeiten eines lokal- und regionalgeschichtlichen Ansatzes zu nutzen. In diesem Zusammenhang sei auf einen Erlaß des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein verwiesen, der eine stärkere Berücksichtigung der Landesgeschichte im Unterricht zum Gegenstand hat.²

* Gekürzte Fassung einer Rede, gehalten am 30. Mai 1984 in der Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg, anlässlich der Ausstellung im Städtischen Museum „Das KZ Ladelund 1944“.

4. Die Geschichte der Konzentrationslager ist nicht nur vergangene, sondern auch gegenwärtige Geschichte. Selbst wenn *wir* uns aus unserer Geschichte hinausstellen wollten, mit ihren Nachwirkungen auf unsere europäischen Nachbarn und auf die direkt Betroffenen unter uns werden wir uns zwangsläufig weiter auseinanderzusetzen haben. — Die Geschichte der Konzentrationslager ist auch insofern gegenwärtig, als manche politischen und ethischen Grundsätze, wie sie im nationalsozialistischen Deutschland maßgebend waren, noch heute in vielen Teilen der Welt zur Verletzung elementarer Menschenrechte führen. — In der Bundesrepublik Deutschland leben wir in einem demokratischen Rechtsstaat. Gleichwohl sollten wir nicht die Augen davor verschließen, daß es bei uns eine — womöglich steigende — Anzahl von Menschen gibt, die es in altem oder in neuem Gewände mit der Unteilbarkeit der Menschenwürde nicht so genau nimmt. — Um offene oder tendenzielle Menschenrechtsverletzungen überhaupt als solche erkennen und ihnen angemessen begegnen zu können, ist die Kenntnis der historischen Dimension unverzichtbar.

5. Die Geschichte der Konzentrationslager ist demnach auch ein Thema politischer Bildung in einem Land, das die Würde des Menschen als obersten Wert normiert. So heißt es denn auch in einer Bekanntmachung des schleswig-holsteinischen Kultusministers von 1981, daß sich „aus der Aufgabe, die Menschenrechte zu verwirklichen“, „die Verpflichtung der Schule“ ergebe, „ihren hohen Rang bewußt zu machen.“³ — Wir meinen, daß der Geschichtsunterricht hier einen gewichtigen Beitrag leisten kann.

6. Der Respekt vor den Opfern von Ladelund — der Respekt vor *allen* Opfern des Nationalsozialismus — verbietet es, auch 40 Jahre danach, so zu tun, als sei nichts gewesen in Ladelund, Neuengamme oder Auschwitz. Er verlangt die kritische Auseinandersetzung mit dieser Thematik, auch im *scheinbar* Kleinen wie in Ladelund und nicht bloß durch ein paar Fachhistoriker.

Nach dieser knappen Begründung für die Wahl unseres Themas möchte ich Ihnen nun über die „Geschichte“ der Arbeitsgruppe „KZ Ladelund“ berichten, um Ihnen dann einen Einblick in unsere Arbeit am Projekt zu geben. Diesen Einblick will ich unter die Überschrift „Lernen im Projektverfahren“ stellen. Das heißt, Merkmale dieses Verfahrens, die in der pädagogischen Diskussion eine Rolle spielen,⁴ sollen sich gleichsam wie Glieder einer Kette durch meinen Bericht ziehen, wobei ich versuchen möchte, jedes Kettenglied in Beziehung zu unserer Arbeit zu setzen. — Den Abschluß soll eine kurze Bilanz unseres Projekts bilden.

Von „Projekttagen“ zum Projekt

Doch zunächst zur „Geschichte“ unserer Gruppe: Begonnen hat alles mit den „Projekttagen“ unserer Schule im Jahre 1982. Ich hatte damals Schülern der

Studienstufe angeboten, die vier Tage zu nutzen, um Informationen über das KZ Ladelund zu sammeln. Hintergrund meines Angebots war auch der, daß nicht nur die Schüler, sondern auch ich selbst so gut wie nichts über dieses ca. 30 km westlich Flensburgs gelegene Außenkommando des KZ Neuengamme wußte. Dies kennzeichnet allerdings im vorliegenden Fall weniger unsere zahlreich vorhandenen Wissenslücken, sondern wirft ein Licht auf den damals äußerst dürftigen Stand der Forschung über die schleswig-holsteinischen Konzentrationslager im allgemeinen und die des KZ Ladelund im besonderen. Zwölf Schüler nahmen 1982 mein Angebot wahr. Am ersten Tag ging die Fahrt mit dem Bus zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Durch die Besichtigung des Dokumentenhauses, die Begehung des ehemaligen KZ-Geländes und die Gespräche mit dem Leiter der Gedenkstätte, Herrn Dr. Eiber, wurde uns die Geschichte des KZ Ladelund im System der deutschen Konzentrationslager klarer.

Ein weiterer, der entscheidende, Tag war einer Exkursion nach Ladelund gewidmet. Wir besuchten die Gedenkstätte für die KZ-Opfer auf dem Ladelunder Friedhof und das ehemalige KZ-Gelände. Im Pastorat wurden die im Kirchenarchiv bewahrten Materialien studiert; weitere Informationen bot ein langes Gespräch mit dem Gemeindepastor Harald Richter.

Bei dem Versuch, die in Neuengamme und Ladelund gesammelten Erkenntnisse und Eindrücke gemeinsam zu durchdenken, wurde deutlich, daß sich alle Teilnehmer von dem Besuch in Ladelund ganz besonders betroffen fühlten. Von den *Schülern* ging der Wunsch aus, ihre Mitschüler und Lehrer an der Auguste-Viktoria-Schule über dieses KZ „bei uns“ in Form einer Ausstellung zu informieren. Dabei war von vornherein klar, daß ein solches Vorhaben, wenn es Hand und Fuß haben sollte, umfangreiche Forschungsarbeiten voraussetzen würde. Aus „Projekttagen“ sollte also ein Projekt werden.

Da aber die meisten Teilnehmer dem künftigen Abiturjahrgang angehörten und von daher für eine Mitarbeit kaum in Frage kamen, andere sich den absehbaren Mühen nicht aussetzen wollten, wurde das Projekt schließlich von drei Schülern⁵ und mir als Lehrer getragen. Schon aus der Zusammensetzung der Gruppe ergibt sich, daß die Arbeit nicht im Rahmen des Unterrichts, sondern nachmittags, an Wochenenden und in den Ferien zu leisten war.

Lernen im Projektverfahren

a) Projekte sind in der Regel längerfristig angelegt. Sie erfordern daher von allen Beteiligten einen großen Zeitaufwand und ein hohes Maß an Konzentration, Ausdauer und auch Pflichtbewußtsein. Dies dürfte insbesondere für ein Forschungsprojekt wie das unsere gelten, das sichtbare Erfolge nur langsam erkennen läßt. Um so mehr ist hier das persönliche Engagement und der

ungewöhnliche Stetigkeit der Schüler hervorzuheben, die während unserer fast zweijährigen Zusammenarbeit nie in ihrem Bemühen nachgelassen haben. Dies läßt sich m. E. auch auf das gewählte Lernverfahren zurückführen.

b) Es ist nämlich weiter dadurch gekennzeichnet, daß sowohl das Projektziel, als auch die einzelnen Arbeitsschritte Resultate eines gemeinsamen Entscheidungsprozesses sind. Die sich daraus ergebende Zielspannung hat zur Folge, daß du* Motivation der Schüler nicht erst durch den Lehrer mit allerlei pädagogischen Tricks hervorgerufen werden muß, sondern sich aus der selbstgewählten Aufgabe ergibt. — Unser Projektziel ging, wie gesagt, von den Schülern selbst aus. Jeder Arbeitsschritt wurde in der Gruppe genau abgesprochen; bei weitem nicht alle Vorschläge, auch nicht solche des Lehrers wurden akzeptiert. Viele eingebrachte Gedanken wurden modifiziert, manche bereits abgeschlossenen Teilaufgaben später wieder verworfen.

c) Bei der Durchführung eines Projekts ist die Eigeninitiative und die Selbständigkeit der Schüler in besonders hohem Maße gefordert. Bei uns wurden viele, manchmal umfangreiche Teilaufgaben von den Schülern — nach Anleitung — weitgehend selbständig gelöst. Als ein Beispiel für dieses arbeitsteilige Vorgehen sei hier die Zusammenstellung der persönlichen Daten der in Ladelund begrabenen KZ-Opfer genannt, die durch Armin Lohse und Joachim Stöcken geleistet wurde — eine Forschungsarbeit, von deren Ausmaß man sich als Außenstehender nur schwer eine Vorstellung machen kann. Als zweites Beispiel mag die besonders von Sven Wehncke betreute Zusammenstellung einer sechsseitigen kommentierten Literaturliste zum Thema „Widerstand, Verfolgung und Konzentrationslager“ dienen, die wir für Ausstellungsbesucher bereithalten. — Die Schüler haben so, gleichsam nebenher, eine (nicht nur fachspezifische) Einführung in wissenschaftliche Arbeitsweisen erhalten.

d) Aus dem bisher Gesagten ergibt sich für den Lehrer, daß er beim Projektverfahren seine gewohnte Dominanz bei der Wissensvermittlung aufgeben muß — oder darf. Seine Hauptaufgabe besteht in der Hilfestellung bei der Organisation von Lernprozessen. — Bei einem Forschungsprojekt wie dem unseren beschränkte sich meine Rolle weitgehend auf die eines „Mitfragenden“ und „Mitforschenden“. Natürlich hatte der Lehrer auch seine allgemeinen historischen Kenntnisse sowie seine praktische Erfahrung im Umgang mit Archiven und Bibliotheken der gemeinsamen Arbeit nutzbar zu machen.

e) Die gemeinsame Arbeit am gemeinsamen Projekt und das daraus resultierende, aus dem herkömmlichen Rahmen fallende Schüler-Lehrer-Verhältnis läßt das Projektverfahren als besonders geeignet erscheinen, wichtige Verhaltensweisen wie Kooperationsfähigkeit, Solidarität und partnerbezogene Argumentation zu fördern. — In unserem Fall wurde all das zweifellos dadurch begünstigt, daß es sich um eine kleine, relativ homogene Gruppe handelte, die

sich zudem dem Schulalltag entzogen hatte.⁶

f) Die Verfechter des Projektverfahrens betonen immer wieder, daß ein Projekt fächerübergreifend konzipiert sein solle, und zwar mit dem Argument, die Wirklichkeit lasse sich ja auch nicht in einzelne Schulfächer aufteilen. Ferner ließen sich Kenntnisse und Fertigkeiten im Rahmen eines Projekts aus eigener Motivation neu erlernen bzw. zielorientiert anwenden.

Natürlich bezog sich unser Vorhaben hauptsächlich auf die Geschichtsforschung, doch kommt man auch als Historiker nicht ohne Kenntnisse und Fertigkeiten auf anderen Fachgebieten aus. So haben die Schüler umfangreiche Quellenübersetzungen aus dem Dänischen und Französischen angefertigt, oder ihren Taschenrechner in Tätigkeit gesetzt, wenn es darum ging, Diagramme und Statistiken zu erstellen.

Daneben stellte uns das Vorhaben, unsere Forschungsergebnisse in Form einer Ausstellung zu präsentieren, vor allem vor gestalterische und handwerkliche Probleme. Wir sind all jenen, die uns in diesen Bereichen bereitwillig unterstützten, zu großem Dank verpflichtet und dürfen feststellen, daß wir eine Menge von ihnen gelernt haben.⁷

g) Ein Projekt richtet sich auf die Realität außerhalb der Schule. Deshalb ist das Zusammenwirken mit außerschulischen Institutionen und Einzelpersonen Teil der Arbeit, ebenso die Erkundung „vor Ort“. — Bei unserem Vorhaben waren Forschungsreisen unumgänglich — Exkursionen, die durch die Wahl eines regionalgeschichtlichen Themas wesentlich erleichtert wurden. So haben wir viele Stunden damit verbracht, das Ladelunder Kirchenarchiv zu durchforsten oder die letzten Überreste des Konzentrationslagers und der Arbeit der Häftlinge aufzuspüren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unser Projekt zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, wenn uns der Ladelunder Gemeindepastor Harald Richter nicht vorbehaltlos das Archiv der Kirchengemeinde geöffnet und unser Vorhaben auch sonst mit Rat und Tat unterstützt hätte. Diese Haltung ist umso mehr dankbarer hervorzuheben, als sie keineswegs die Regel ist.⁸

Außer nach Ladelund führte unsere Spurensuche — gemeinsam oder einzeln — unter anderem nach Leck, Neuengamme und Kiel. Mit manchen Forschungseinrichtungen traten wir in schriftlichen Kontakt, so mit dem Luftbildarchiv der Universität Keel (GB) und dem Londoner Public Record Office. — Überall sind wir auf Kooperationsbereitschaft gestoßen. Dies gilt nicht zuletzt für unsere fruchtbare Zusammenarbeit mit Klaus Bästlein von der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager“.⁹ Daß schließlich auch unsere Familien von unserer Arbeit mittelbar oder unmittelbar betroffen waren, darf nicht außer acht gelassen werden. Sie gehören gleichsam zu den Teilnehmern, in mancher Hinsicht wohl auch zu den „Leidtragenden“ an unserem Projekt.

h) Von einem Projekt wird nicht nur erwartet, daß es auf die Realität außerhalb der Schule gerichtet ist, es sollte auch, jedenfalls ansatzweise, eine gesellschaftlich relevante Bedeutung haben. — Ich hatte einleitend ja schon darauf hingewiesen, daß unser Projekt eine historische und zugleich in starkem Maße eine politische Dimension aufweist. Dabei geht es freilich nicht um Tages- oder Parteipolitik, sondern um historische Aufklärung mit dem Ziel, zur Verwirklichung der Menschenrechte beizutragen. Wir wollten und wollen Partei nehmen für die Opfer von damals und für die von heute, nicht auf billige moralisierende Weise, wie wir hoffen, sondern vor allem dadurch, daß wir die Quellen sprechen lassen, uns bei der Formulierung unserer Informationstexte aber gleichzeitig stark zurückhalten. Dies gilt auch für unser Schlußkapitel, in dem wir die Frage aufwerfen, welche Bedeutung die Vorgänge von 1944 für uns heute noch haben.

i) Aus dem Anspruch auf eine gewisse gesellschaftliche Relevanz eines Projekts ergibt sich fast zwangsläufig, daß es darauf zielen sollte, seine Ergebnisse weiterzuvermitteln, und zwar in verständlicher Form. Dies wiederum macht es erforderlich, daß die beim Empfänger möglicherweise eintretende Wirkung bedacht werden muß — eine Anforderung, die bei Schülern wichtige Voraussetzungen für planvolles und zugleich verantwortliches Handeln schaffen bzw. verstärken kann. — Eine Ausstellung hat ihre eigenen Gesetze. Sie lebt vor allem von ihrer optischen Kraft. Das hieß für uns zunächst, daß wir das Ziel einer fachwissenschaftlich einwandfreien Information mit der Suche nach optisch wirksamen, zugleich abwechslungsreichen Materialien zu verbinden hatten. Unsere Ausstellung bietet daher neben maschinenschriftlichen Quellenausschnitten und Informationstexten (die im Kopierverfahren gut lesbar vergrößert wurden) nicht zuletzt auch Fotos, Häftlingszeichnungen, Briefe, Dokumente und Zeitungsausschnitte in Faksimile sowie selbsterarbeitete Schaubilder und Diagramme.

Natürlich können und wollen wir den Besucher angesichts unseres Themas nicht schonen. Wir haben uns jedoch bemüht, jede Effekthascherei, die sich anbieten mag bei dem Thema „KZ“, zugunsten einer nüchtern-sachlichen Information zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir unsere eigene vorhin skizzierte Grundposition offengelegt, ohne dem Besucher hoffentlich den Raum für eigenes Fragen und Forschen zu nehmen.

Aus der ursprünglich als Schulveranstaltung geplanten Ausstellung war im Laufe der Zeit ein so umfangreiches Vorhaben geworden, daß es den Rahmen einer schulinternen Ausstellung zu sprengen drohte.¹⁰ Als sich dann das Städtische Museum hier in Flensburg als Ausstellungsort anbot, haben wir davon dankbar Gebrauch gemacht, auch weil uns so Gelegenheit gegeben wurde, eine breitere Öffentlichkeit über die Ereignisse vor 40 Jahren zu informieren. — Die Ausstellung

soll noch an weiteren Orten in der Region gezeigt und dann in Ladelund als Anschauungsmaterial für Besuchergruppen bereitgehalten werden.

j) Schließlich bleibt noch festzustellen, daß ein Projekt unserer Größenordnung einen finanziellen Aufwand erfordert. Wir haben uns bemüht zu sparen, wo es möglich war, was gewiß auch seinen pädagogischen Wert hat. Trotzdem sind die entstandenen reinen Sachkosten erheblich. Ich habe daher bei vier Stellen, von denen ich annehmen konnte, daß sie unserem Vorhaben positiv gegenüberstehen würden, Anträge auf finanzielle Förderung gestellt. Die Stadt Flensburg hat uns als einer der Adressaten wissen lassen, daß in ihrem Kulturhaushalt vorerst keine Mittel zur Förderung unserer Projektarbeit zur Verfügung stünden. Umso dankbarer sind wir dem Herrn Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein für einen namhaften Zuschuß, ferner dem Grenzfriedensbund und der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, die uns auch geholfen haben, unser Defizit einigermaßen in Grenzen zu halten.

Bilanz

Lassen Sie mich abschließend noch eine kurze Bilanz unseres Projekts versuchen. Was dessen wissenschaftliche Seite betrifft, so ist festzustellen, daß unsere Ausstellung den gegenwärtigen Forschungsstand widerspiegelt. Es konnte und sollte aber nicht unser Ziel sein, das Thema „abschließend“ zu behandeln. Wir haben deshalb dafür gesorgt, daß die Ausstellung aufgrund neuerer Forschungsergebnisse ohne weiteres ergänzt, oder einzelne Objekte ausgetauscht werden können. — Wie zu erwarten, waren sehr komplexe quellenkritische Probleme nicht in einem maßgeblich von Schülern getragenen Team zu lösen. Ich habe daher selbst — gleichsam am Rande des Projekts — eine zentrale Quelle zur Geschichte des KZ Ladelund, nämlich den Augenzeugenbericht von Pastor Joh. Meyer, ediert und den Text einer quellenkritischen Untersuchung unterzogen.¹¹

Auch war es uns nicht möglich, den allgemeinen historischen Hintergrund unseres Themas in der Ausstellung ganz auszuleuchten. Wir haben daher eine kommentierte Literaturliste zusammengestellt, die den Besucher „zum Weiterlesen“ anregen soll. Diese Liste wird im Museum kostenlos abgegeben.

Was nun die pädagogische Seite der Projektarbeit betrifft, so möchte ich vor allem an diejenigen gewandt, die den sog. „Projekttagen“ eher skeptisch gegenüberstehen, feststellen: Unser Projekt wäre bestimmt nicht zustande gekommen, wenn wir nicht die Gelegenheit gehabt hätten, während der „Projekttag“ 1982 die Grundlagen dafür zu legen.

Ich denke, daß Sie aus meinem Bericht den Eindruck gewonnen haben, daß sich das Projekt als Lernverfahren in unserem Falle aus pädagogischer Sicht bewährt hat. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß wir uns durch die Arbeit in einer

kleinen Gruppe außerhalb des Unterrichts besonders günstige Voraussetzungen geschaffen haben.

Überhaupt sollte man das Projektverfahren nicht etwa als Allheilmittel gegen tatsächliche, oder oft auch nur vermeintliche, Leiden des herkömmlichen Unterrichts betrachten. Lateinische Vokabeln etwa werden auch weiterhin primär im häuslichen „Paukverfahren“ erlernt werden müssen; es dürfte auch wenig sinnvoll sein, ab sofort die Klasse darüber entscheiden zu lassen, ob sie eine im Lehrplan vorgesehene mathematische Formel kennenlernen möchte, oder lieber nicht. — Trotzdem halte ich es für möglich und fruchtbar, Projekte bescheidener Größenordnung auch mit einer Klasse oder einem Kurs im engeren schulischen Rahmen zu verwirklichen.¹²

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe dazu etwa: A. u. M. Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, 14. Aufl., München 1982.
- 2 Landesgeschichte im Unterricht. Runderlaß des Kultusministers vom 20. Mai 1983, in: NB1. KM. Schl.-Holst. 1983, S. 104-107.
- 3 Empfehlung zur Förderung der Menschenrechtserziehung in der Schule. Bekanntmachung des Kultusministers vom 11. Februar 1981, in: NB1. KM. Schl.-Holst. 1981, S. 26.
- 4 Zum Beispiel: J. A. Stevenson, The Project Method of Teaching, New York 1921. — J. Dewey, School and Society, Chicago 1930. — F. Wilkening, Unterrichtsverfahren im Lernbereich Arbeit und Technik, Ravensburg 1977, bes. S. 104 ff. — Schulen, die ganz anders sind, hrsg. v. M. Borchert u. K. Derichs-Kunstmann, Frankfurt/M. 1979. — Auf das dänische Beispiel der „friskole“-Bewegung wies in den „Grenzfriedensheften“ kürzlich E. Bodenstern hin: Schulfreiheit und Privatschulwesen in Dänemark. Relikt der Vergangenheit oder Modell für die Zukunft?, in: „Grenzfriedenshefte“, 3/1982, S. 146-161.
- 5 Es handelt sich um die Schüler Armin Lohse, Joachim Stöcken und Sven Wehncke. Alle gehören dem Abiturjahrgang 1984 an.
- 6 Hinzu kommt wohl auch, daß in der Gruppe eine Leistungsbeurteilung jeder durch jeden permanent stattfand, sich diese aber nicht in Noten ausdrückte.
- 7 In diesem Zusammenhang muß vor allem das Engagement des Kunsterziehers Günter Jahn von der Auguste-Viktoria-Schule hervorgehoben werden. Dankbar sind wir auch Herrn Museumsdirektor Dr. Schulte-Wülwer sowie Herrn Koberg von der Druckerei für die Hilfe bei der Gestaltung des Ausstellungsplakates.
- 8 Siehe dazu auch den vorstehenden Beitrag von L. Eiber, Neuengamme und die Folgen, sowie: Die vergessenen KZ's? Gedenkstätten für die Opfer des NS Terrors in der Bundesrepublik, hrsg. v. D. Garbe, Bornheim-Merten 1983.
- 9 Wir verdanken Klaus Bästlein zahlreiche Hinweise auf relevantes Quellenmaterial; er hat ferner eigene Forschungen in unser Projekt eingebracht und uns bei den praktischen Arbeiten an den Ausstellungstafeln geholfen. Auch für die kritische

Durchsicht des Manuskriptes des vorliegenden Beitrags sei ihm gedankt.

- 10 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß auch ein außerhalb des Unterrichts verwirklichtes Projekt des Rückhalts in der Schule bedarf. Wir danken daher der Leiterin der Auguste-Viktoria-Schule, Frau Oberstudiendirektorin S. Gersdorf, sowie verschiedenen Mitgliedern des Kollegiums für ihre vielfältige Unterstützung.
- 11 Der zuerst in den „Grenzfriedensheften“, 3/1983 erschienene Beitrag ist auch als eigenständige Publikation greifbar: J.-P. Leppien, „Das waren keine Menschen mehr ...“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde — Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, Flensburg 1983. — Diese Schrift mag man als eine Art Begleittext zur Ausstellung betrachten.
- 12 Als ein Beispiel sei die von einer 9. Klasse erarbeitete Quellensammlung zur Geschichte des KZ-Außenkommandos Sasel genannt: KZ Sasel. Geschichte eines Außenlagers, hrsg. v. d. Schulleitung des Gymnasiums Oberalster. 2. Aufl., Hamburg 1982. (Siehe dazu auch Eiber, Neuengamme und die Folgen). — An der Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg wurde 1981 der Projektunterricht erfolgreich erprobt, als ein Philosophiekurs des 12. Jahrgangs eine Ausstellung zum „Problem der Freiheit“ erstellte.

Zu dem Thema

„Gegenwart und Zukunft des Grenzlandes aus der Sicht der beiden Minderheiten“

sprachen in Husum vor den Mitgliedern des Grenzfriedensbundes die beiden Generalsekretäre der Minderheitenorganisationen, Karl Kring von Sydslesvigs Forening und Peter Iver Johannsen vom Bund deutscher Nordschleswiger.

PETER IVER JOHANNSEN

Das deutsch-dänische Grenzland ist in seinem inneren und äußeren Erscheinungsbild durch die Existenz der beiden nationalen Minderheiten mitgeprägt worden. Ja, die Minderheiten haben, wie Amtsbürgermeister Kresten Philipsen sich kürzlich ausgedrückt hat, das Grenzland interessant gemacht. Die Minderheiten, die dänische im Landesteil Schleswig und die deutsche in Nordschleswig, sind das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung dieses Raumes, die lange von nationalen Spannungen und Gegensätzen geprägt gewesen ist. Die Lösung der Grenzfrage im Jahre 1920 wurde der Ausgangspunkt der heute entspannten Lage zwischen Deutschland und Dänemark. Die Grenze von 1920 hat sich als stabil erwiesen, obwohl die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig in Kritik an einer aus ihrer Sicht ungerechten Grenzziehung nach 1920 bis 1945 eine Grenzrevision anstrebte, und obwohl nach 1945 die Zahl der nach Dänemark strebenden Südschleswiger so sehr anstieg, daß die Grenze vorübergehend in Gefahr geriet.

Die Grenzrevisionspolitik der deutschen Volksgruppe führte in den 20er und 30er Jahren zu Konfrontationen zwischen der dänischen Mehrheit und der deutschen Minderheit. Die Konfrontation in Nordschleswig wurde verschärft durch das Aufkommen des Nationalsozialismus in den 30er Jahren, der sich auch innerhalb der deutschen Volksgruppe durchsetzte, besonders, als Dänemark 1940 von deutschen Truppen besetzt wurde. Diese Entwicklung und die damit verbundenen Ereignisse führten zu einer politisch und menschlich tiefen Kluft zwischen Deutschen und Dänen.

Im Zweiten Weltkrieg stellten über 2 000 junge Männer der deutschen Volksgruppe sich aus vollklicher Solidarität für den deutschen Kriegsdienst zur Verfügung. 750 von ihnen sind gefallen. Die freiwillige Meldung zum Kriegsdienst in Deutschland verstieß nicht gegen damals geltende Gesetze. Nach dem Zusammenbruch 1945 wurden über 3 000 Angehörige der deutschen Volksgruppe in Dänemark nach Gesetzen mit rückwirkender Kraft bis 1940 wegen freiwilliger Meldung zum Kriegsdienst oder zum Zeitfreiwilligendienst in Nordschleswig zu Freiheitsstrafen

verurteilt, ein Vorgang, der heute auch von dänischen Juristen und Historikern als ein dunkles Kapitel in der dänischen Rechtsgeschichte bezeichnet wird.

Sämtliche deutsche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten wurden 1945 geschlossen und vom dänischen Staat konfisziert. Politisch und materiell stand die deutsche Volksgruppe 1945 somit vor dem Nichts. Dennoch war das Bekenntnis der Volksgruppe zum Deutschtum und ihr Selbstbehauptungswille stark genug, daß ein Wiederanfang gemacht werden konnte und gelang. Entscheidend war, daß die deutsche Volksgruppe in Erkenntnis der realpolitischen Situation die Grenze von 1920 anerkannte und sich zum dänischen Staat bekannte.

In der Gründungserklärung der politisch-kulturellen Hauptorganisation der deutschen Volksgruppe, des Bundes deutscher Nordschleswiger, vom 22. 11. 1945 heißt es: „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.“

Diese Loyalitätserklärung hat sich, nachdem sie zunächst in den eigenen Reihen nicht unumstritten war, sehr schnell durchgesetzt, und damit schaffte die deutsche Volksgruppe von sich aus die Grundlage für eine Entspannung im Grenzland. Zu einer wirklichen Klimawende kam es danach im Jahre 1955, als die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen in bezug auf die Stellung und die Rechte beider Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland abgegeben wurden. In der Kopenhagener Erklärung heißt es u. a.: „Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und kann von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“

Die Minderheitenerklärungen sind, auch wenn sie nicht in Vertragsform abgeschlossen worden sind und kein unmittelbar einklagbares Recht enthalten, in der Praxis im minderheitenpolitischen Alltag wirksam geworden und haben sich somit als eine geeignete Grundlage für die gedeihliche Entwicklung der Minderheiten und für eine weitere Entspannung in unserem Grenzland erwiesen. Nun, die deutsche Volksgruppe strebt heute keine Grenzrevision an, ist keine Irredentistengruppe oder 5. Kolonne, und das Feindbild, das einst gegenüber Dänemark und den Dänen bestand, existiert nicht mehr. Ja, was dann? wird sich mancher fragen. Die Antwort ergibt sich aus der heutigen Zielsetzung unserer Volksgruppe.

Die Grundlage der heutigen Arbeit der deutschen Volksgruppe und des Selbstverständnisses der deutschen Nordschleswiger ist nach wie vor das Bekenntnis zum Deutschtum und seiner Geschichte und zur nordschleswigschen Heimat. Zu unserem Selbstverständnis gehört aber auch, daß wir loyale dänische Staatsbürger sind mit dem Anspruch und der Bereitschaft, im dänischen Alltag als gleichberechtigte Partner mitzuwirken. Mit diesem Selbstverständnis befinden wir uns, wie Hauptvorsitzender Gerhard Schmidt es beim Deutschen Tag 1983 in

Nordschleswig ausgedrückt hat, im Spannungsfeld einer doppelten Loyalität, der Loyalität gegenüber dem dänischen Staat und der Loyalität gegenüber uns selbst und unserem Deutschtum.

Die Loyalität gegenüber dem dänischen Staat ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die Loyalität gegenüber uns selbst und unserem Deutschtum ist unsere deutsch-nordschleswigsche Verpflichtung.

Auf dieser Grundlage arbeiten wir mit an der Gestaltung unserer nordschleswigschen Heimat und des deutsch-dänischen Grenzlandes und erfüllen damit gleichzeitig eine vielzitierte Brückenfunktion über die Grenze hinweg.

Diese hier in groben Zügen dargestellte Zielsetzung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig wird im Alltag von einer Vielzahl von Vereinen und Institutionen der Volksgruppe im kulturellen, sozialen und politischen Bereich umgesetzt und verwirklicht.

Der Schwerpunkt liegt dabei im kulturellen und sozialen Bereich, wobei ich insbesondere an unser gut ausgebautes deutsches Schul- und Kindergartenwesen, an unser deutsches Büchereiwesen, an unsere Tageszeitung „Der Nordschleswiger“, an das Wirken der deutschen Kirche, an die Aktivitäten im Bereich des Deutschen Jugendverbandes und des Sozialdienstes, an die gemeinschaftsfördernde Arbeit vieler örtlicher Vereine und an viele andere kulturelle Angebote im Rahmen unserer Volksgruppe denke.

Unser deutsches kulturelles Angebot muß im Alltag mit einem breitgefächerten Angebot von dänischer Seite konkurrieren, und so ist es südlich der Grenze umgekehrt auch der Fall. Auf diese Weise vollzieht sich im Grenzland ein kultureller Wettbewerb, der für alle Bürger, ob deutsch oder dänisch, sehr wertvoll ist, und der unser Grenzland heute und hoffentlich auch in Zukunft insgesamt bereichert.

Was die Nutzung des kulturellen Angebots angeht, muß nüchtern festgestellt werden, daß sich bei der Nutzung des deutschen Angebots in Nordschleswig in den letzten Jahren eine gewisse Stagnation eingestellt hat, während das dänische Angebot im Landesteil Schleswig verstärkt genutzt worden ist. Es scheint, als ob es noch immer mehr „in“ ist, sich zum Dänentum zu bekennen als zum Deutschtum, und daß auch Deutsche im Landesteil Schleswig das dänische Angebot stärker nutzen als umgekehrt Dänen das deutsche Angebot in Nordschleswig. Sicher hängt das auch mit der Intensität des dänischen Angebots südlich und nördlich der Grenze zusammen. Ich denke hier z. B. an die neuen Schwerpunkte, die seitens der dänischen Minderheit u. a. durch die neue Nachschule in Ladelund und die geplante erhebliche Erweiterung der dänischen Zentralbücherei in Flensburg gesetzt werden, und z. B. an die Wirkung der von privater dänischer Seite im Landesteil Schleswig herausgegebenen Zeitschrift „Slesvigland“. Die dänische Seite hat selbstverständlich das Recht, für ihre Kultur

zu werben, genauso wie wir in Nordschleswig das Recht in Anspruch nehmen, für die deutsche Kultur zu werben. Aus deutscher Sicht möchte ich lediglich auf eine gewisse kulturelle Schwerpunktsverlagerung im deutsch-dänischen Grenzland hinweisen und dazu auffordern, das deutsche Angebot südlich und nördlich der Grenze im Sinne der Konkurrenzfähigkeit zu stärken.

Von entscheidender Bedeutung für die kulturelle Entfaltung einer Minderheit sind die Rahmenbedingungen, die ihr der Staat gibt.

Wir haben als deutsche Volksgruppe in Nordschleswig grundsätzlich die Freiheit, uns kulturell als deutsche Gruppe zu entfalten, was voll und ganz dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen entspricht. Hinsichtlich der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ist die volle kulturelle und soziale Gleichberechtigung jedoch noch nicht auf allen Gebieten erreicht worden. Ich verweise auf den Büchereisektor, wo es trotz gewisser Fortschritte immer noch nicht gelungen ist, das deutsche Büchereiwesen gleichberechtigt mit den dänischen Büchereien an der Verteilung der öffentlichen Zuschüsse zu beteiligen, oder auf den Kindergartensektor, wo es immer noch einige deutsche Kindergärten gibt, die, obwohl sie durch jahrelange Arbeit ihre Berechtigung nachgewiesen haben, keinerlei kommunale Förderung erhalten oder auf den sozialen Bereich, wo die Kommunen in Nordschleswig nur in sehr geringem Umfang bereit sind, soziale Maßnahmen der deutschen Volksgruppe zu unterstützen. In diesen Bereichen wird sich die deutsche Volksgruppe weiterhin mit Nachdruck für die finanzielle Gleichberechtigung einsetzen.

In diesem Sinne hat der Bund deutscher Nordschleswiger im vergangenen Jahr in einer Resolution die Gleichbehandlung unserer deutschen Institutionen seitens der Kommunen und der Amtskommune Nordschleswig gefordert. Mit der Resolution war beabsichtigt, vor allem auf kommunaler Ebene an das seit den Minderheitenerklärungen von 1955 geltende Prinzip der Gleichbehandlung der Minderheit zu erinnern. Die Amtskommune Nordschleswig und der Dachverband der 23 Kommunen in Nordschleswig haben, auch wenn man sich teilweise etwas schwer getan hat, in ihren Antworten öffentlich bekundet, die deutsche Volksgruppe und ihre Einrichtungen gleichberechtigt behandeln zu wollen. Wir werden darauf zu achten haben, daß diesen Absichtserklärungen auch Taten folgen.

Zum Thema Gleichberechtigung von Minderheiten möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Aussage des Südtiroler Landeshauptmanns Dr. Silvius Magnago in Erinnerung rufen, die er vor einem Jahr im Deutschen Haus in Flensburg machte, nämlich: „Es gibt nichts Ungerechteres als ungleiche Dinge gleich zu behandeln.“ Es kann also notwendig sein, die Gleichstellung der Minderheit durch Sonderrechte zu sichern.

Südlich der Grenze ist die finanzielle Gleichberechtigung des dänischen

Schulwesens vollzogen worden, nachdem die schleswig-holsteinische Landesregierung entschieden hat, die Schulzuschüsse für die dänische Minderheit von 85 % schrittweise auf 100 % anzuheben. Seitens der deutschen Volksgruppe begrüßen wir diese Entscheidung sowohl aus grundsätzlichen Überlegungen hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Minderheiten wie auch aus politischen Überlegungen, denn dieser neue Akzent in der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik hat zu einer weiteren Klimaverbesserung im Grenzland geführt, die auf längere Sicht auch uns zugutekommen wird und in der Frage des neuen Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, auch wenn natürlich kein direkter Zusammenhang besteht, bereits zugutegekommen ist.

Was den politischen Bereich unserer Arbeit angeht, kann festgestellt werden, daß unsere langjährigen Bemühungen in der Frage einer parlamentarischen Vertretung in Kopenhagen durch die Entscheidung der dänischen Regierung, uns zur Verbesserung des Kontaktes zum Folketing und zur Regierung ein Sekretariat in Kopenhagen zur Verfügung zu stellen, zumindest zu einem vorläufigen positiven Abschluß gekommen sind. Damit ist eine Art untraditionelle parlamentarische Vertretung geschaffen worden, die zwar einen eigenen Abgeordneten nicht ersetzen kann, die aber die politischen Arbeitsmöglichkeiten der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen wesentlich verbessert.

Die dänische Regierung hat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen in unmittelbarer Nähe von Christiansborg Sekretariatsräume zur Verfügung gestellt und übernimmt zudem den größten Teil der entstehenden Personal- und Sachkosten des Sekretariats.

Das Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen soll in erster Linie die Kontakte zu Folketing und Regierung pflegen und soll die Position der deutschen Volksgruppe im allgemeinen und in konkreten Fällen gegenüber den Folketingsabgeordneten, den Fraktionen und den Ausschüssen des Parlaments sowie der Regierung und ihren Ministerien darstellen. Der zum Leiter des Sekretariats gewählte Chefredakteur des „Nordschleswigers“, Siegfried Matlok, hat seine Tätigkeit im vergangenen Jahr aufgenommen und verfügt bereits über gute Kontakte in Kopenhagen. Jedenfalls hat er bereits eine Reihe von konkreten Fragen lösen können; u. a. ist es ihm gelungen, in Zusammenarbeit mit nordschleswigschen Folketingsabgeordneten für das deutsche Gymnasium in Apenrade eine Sonderstellung zu erreichen, so daß es nicht durch bevorstehende Sparmaßnahmen der dänischen Regierung in seinem Lebensnerv getroffen wird. In Verbindung mit der Einrichtung des Sekretariats in Kopenhagen hat sich in Nordschleswig eine Diskussion ergeben, inwieweit dennoch weiterhin ein Folketingsmandat angestrebt werden soll. Dazu möchte ich unterstreichen, daß das Recht und die Option der deutschen Volksgruppe, sich weiterhin um eine

direkte parlamentarische Vertretung zu bemühen, sei es durch die Beteiligung der Schleswigschen Partei an Folketingswahlen, oder sei es durch eine wahltechnische Zusammenarbeit mit einer anderen Partei, durch die Einrichtung dieses Sekretariats nicht eingeschränkt wird, und daß auch die Existenz und die Funktion des Kopenhagener Kontaktausschusses nicht berührt wird.

Das Recht, ein Mandat anzustreben, werden wir mit Sicherheit nicht aufgeben. Andererseits ist es wenig sinnvoll, in einer Situation, in der keine realistische Chance zur Erlangung eines Mandates besteht, die Kräfte der Volksgruppe hier einzusetzen.

Aus diesem Grunde haben wir uns auch nicht als Schleswigsche Partei an den letzten Folketingswahlen am 10. Januar 1984 beteiligt. In Verbindung mit dieser Wahl ist in Diskussionen und Leserbriefen andererseits deutlich geworden, daß die gesellschaftspolitischen Fragen auch in unserer Volksgruppe einen hohen Stellenwert haben. Die Schleswigsche Partei wird sich auch im Hinblick auf die kommenden Kommunal- und Amtratswahlen ernsthaft bemühen müssen, die verschiedenen gesellschaftspolitischen Strömungen, soweit es möglich ist, zu integrieren. Dabei darf kein Etikettenschwindel betrieben werden. Die Schleswigsche Partei ist nach wie vor die politische Partei der deutschen Volksgruppe, die sich für deren Belange einsetzt und in nachbarlicher Partnerschaft die gesamten Interessen des Landesteils wahrnimmt. Auf dieser Grundlage wird die Schleswigsche Partei auch in Zukunft sowohl zur dänischen als auch zur deutschen Seite hin eine unabhängige, berechenbare politische Kraft im Grenzland sein.

Erlauben Sie mir angesichts der bevorstehenden Wahl zum Europaparlament auch einige Bemerkungen zu unserer Haltung zu Europa. Wir praktizieren, wie Gerhard Schmidt es einmal ausgedrückt hat, an dieser Grenze ein praktisches Stück Europa, nicht vom grünen Tisch, sondern in unserem Alltag. Wir betrachten uns als einen Dominostein in der gesamteuropäischen Entwicklung und haben auch einen Platz in Europa. Wir sind seit der Gründung der europäischen Gemeinschaften für Europa eingetreten, für ein Europa der Vielfalt und der fruchtbaren Zusammenarbeit unter Wahrung der jeweiligen volklichen Identität. Deshalb werden wir, auch wenn die Schleswigsche Partei sich nicht direkt an der Europawahl beteiligen kann, dennoch unsere Wähler dazu auffordern, zur Wahl zu gehen, um auf diese Weise ihre europäische Haltung zu unterstreichen.

Für die weitere Entwicklung der deutschen Volksgruppe werden folgende Dinge von entscheidender Bedeutung sein:

1. die Kraft und die Motivation der Volksgruppe selbst
2. die Entwicklung des deutsch-dänischen Verhältnisses und des Grenzlandklimas generell
3. die Sicherung der Finanzierung der Arbeit der Volksgruppe und

4. lebendige Kontakte über die Grenze hinweg.

Was die Kraft und die Motivation angeht, werden wir uns vor allem um eine weitere Vertiefung unserer kulturellen Arbeit bemühen müssen, denn ein lebendiges kulturelles Angebot und die Pflege der deutschen Sprache ist die eigentliche Grundlage unserer Volkstumsarbeit. Wichtig ist auch, daß wir den Dialog mit der jungen Generation unserer Volksgruppe vertiefen, damit auch kommende Generationen bereit sind, sich für die Werte deutscher Tradition und deutscher Sprache und Kultur in unserer nordschleswigschen Heimat einzusetzen. Es ist mein Eindruck, daß die Jugend durchaus ansprechbar ist. Wir müssen allerdings auch bereit sein, ihr zuzuhören und ihr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben und daran denken, daß unsere Volksgruppe kein statisches Gebilde ist, sondern sich ständig dem Wandel der Zeiten anpassen muß, ohne opportunistisch zu werden. Wir sollten auch darauf bedacht sein, unsere deutsch-nordschleswigsche Identität mit natürlicher Selbstverständlichkeit nach außen hin zu vertreten, und hüten wir uns vor allem vor Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit!

Was das Klima im deutsch-dänischen Grenzland angeht, möchte ich unterstreichen, daß der deutschen Volksgruppe in den letzten Jahren eine positive deutschdänische Nachbarschaft zugutegekommen ist. Besonders die minderheitenpolitischen Entscheidungen in Kiel und in Kopenhagen im vergangenen Jahr haben zu einer weiteren Klimaverbesserung im Grenzland geführt.

Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel charakterisierte bei seinem Staatsbesuch in Kopenhagen im vergangenen Jahr das deutsch-dänische Verhältnis wie folgt: „Das deutsch-dänische Verhältnis, das Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark kennt heute keine Belastungen. Es gibt fast nur Gemeinsamkeiten.“ Diese Bewertung ist sicher grundsätzlich richtig und zutreffend, was die obere Etage angeht. Vor Ort sieht es jedoch manchmal auch anders aus. Hier spürt man hin und wieder immer noch gewisse Ressentiments dem Deutschen gegenüber. Diese Tendenz darf im Gesamtbild nicht übersehen werden und sollte uns alle daran erinnern, stets das rechte Fingerspitzengefühl in unserem Handeln an den Tag zu legen.

Fingerspitzengefühl ist auch angebracht, wenn man Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland erörtert. Es hat im vergangenen Jahr einige Initiativen von deutscher Seite gegeben, diese Zusammenarbeit im Hinblick auf die Stärkung der Grenzregion im europäischen Zusammenhang zu intensivieren, ja, vielleicht sogar zu institutionalisieren. Ich denke hier insbesondere an die Anregungen des Kreistagsabgeordneten Wolfgang Börnsen, Kreis Schleswig-Flensburg, und an den Vorschlag einer europäischen Region im deutsch-dänischen Grenzland von Ministerpräsident Dr. Barschel anlässlich seines Kopenhagen-Besuches.

Von der Intention her sind diese Vorschläge bestimmt zu begrüßen, aber man muß sich darüber im klaren sein, daß man auf dänischer Seite nach wie vor skeptisch ist und am liebsten an der bisherigen Form der pragmatischen Zusammenarbeit festhalten möchte. Erfreulich ist, daß jetzt das deutsche und das dänische Grenzforschungsinstitut die Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die EG-Förderungsmöglichkeiten grenzüberschreitender Projekte in einem gemeinsamen Forschungsvorhaben analysieren.

Zur Weiterführung der vielseitigen Aktivitäten der deutschen Volksgruppe und der damit verbundenen Funktionen im Grenzland ist es unerlässlich, daß die Volksgruppe angemessene Rahmenbedingungen hat. Diese Rahmenbedingungen sind uns, abgesehen von einigen Ausnahmen, wo noch Nachholbedarf besteht, gegeben. Diesen Rahmen auszufüllen, ist unsere eigene deutsch-nordschleswigsche Verantwortung. Dabei sind wir dankbar, daß wir der ideellen und materiellen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Schleswig-Holstein, der deutschen Grenzverbände, der Patenschaften und vieler anderer Freunde gewiß sein können.

Die materielle Hilfe ist natürlich wichtig, aber ich möchte heute insbesondere auf die Wichtigkeit der ideellen Hilfe hinweisen. Hier wünschen wir uns keinen neuen deutschen Nationalismus, sondern ein gesundes deutsches Selbstbewußtsein ohne Selbstüberschätzung, mit dem wir uns identifizieren können.

Auf dieser Grundlage wird es auch in Zukunft eine deutsch-nordschleswigsche Identität geben und somit eine deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, die, eingebettet in die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark, auch in Zukunft ein prägender Faktor unseres Grenzlandes sein wird.

*

KARL KRING

Meine Damen und Herren, ich möchte mich für die Einladung zu Ihrer Tagung recht herzlich bedanken und kann Ihnen versichern, daß ich dieser gerne gefolgt bin. Eigentlich war wohl die Meinung, daß die 1. Vorsitzenden der Minderheiten und damit die gewählten Repräsentanten zu Ihnen hätten sprechen sollen; zumindest für meine Person müssen Sie mit der zweiten Wahl vorliebnehmen. Ich hoffe trotzdem, daß Sie Herrn Thomsen anschließend nicht steinigen werden. Ich soll etwas zur Situation im Grenzland sagen. Sie werden meine eigene persönliche Meinung zu diesem Thema hören. Als Mitbürger in dieser unserer Heimat werden Sie Ihre eigene Meinung haben. Sie kennen dieses Grenzland genau so gut wie ich, und doch können wir sicher, ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, sagen, daß jeder die Situation von seiner Warte aus betrachtet und beurteilt.

Im Rückblick auf die Entwicklung in unserem Grenzland, soweit wir sie erlebt haben, können wir nach einer für unsere Breiten recht stürmischen Zeit eine erfreuliche Beruhigung feststellen, selbst wenn wir zu keiner Zeit nordirische Verhältnisse erlebt haben.

Ich persönlich halte nicht viel von großen Erklärungen. Was bedeuten alle diese schönen Worte für die Entwicklung einer Volksgruppe?! Für einen Menschen, der sich mit den praktischen Gegebenheiten des Alltags auseinanderzusetzen hat, zählen die Realitäten; da können sowohl die Kieler als auch die Bonner Erklärung Meilensteine einer Entwicklung sein. Es sind Erklärungen, die im wesentlichen die Grundrechte der Verfassung — als Rechte, die auch den dänischen Bürgern dieser Republik zustehen — noch einmal aufzählen. Außerdem unterstreichen sie noch einmal den Satz der preußischen Schulordnung von 1928, daß zur Minderheit gehört, wer will, und dies von Staats wegen weder bestritten noch nachgeprüft werden darf. Als Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten standen uns diese Rechte, die sich aus dem Grundgesetz ergeben, seit Verabschiedung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zu. Sie waren einklagbares Recht. Was war also diese Erklärung, was bedeutete sie für die Minderheit?

Eigentlich nur dies, daß sie nochmals für jeden deutlich machte, daß der dänische Mitbürger auch wirklich voller und gleichberechtigter Bürger dieses Staates ist. Symbole, das ist wohl, was Erklärungen in Wirklichkeit sind, Symbole, die doch Entwicklungen einleiten können, die Dinge in bestimmte Bahnen leiten. Nehmen wir die Erklärung von Ribe: Als sie im Jahre 1460 abgegeben wurde, sicherte sie einem Adeligen die dänische Königskrone, anderen Adeligen ihre Besitze im Herzogtum Schleswig. Für das Volk war sie vorerst ohne jede größere Bedeutung. Kein Bauer unserer Heimat gab ihretwegen die Sprache und Kultur seiner Vorfäter auf. Erst 300 Jahre später zeigten sich die Folgen mit dem Sprachwechsel in Angeln und auf der schleswigschen Geest.

Feierliche Erklärungen sind daher nicht nur leere Worte, sie können ohne weiteres Zeichen setzen und Dinge in die Wege leiten.

1955 Bonner Erklärung; 30 Jahre später, 1985, die gleichen Zuschüsse für einen Schüler der dänischen Privatschulen wie für einen Schüler der öffentlichen deutschen Schulen. Eine Generation vom Wort zur Tat. Eins der dänischen Lieder unseres Grenzlandes sagt: „Det har slet ingen hast for den som tror“. Ein schönes Dichterwort, verklärt vom Glanz der Geschichte. Für den Praktiker, für das tägliche Leben, das mit Geld und all den sonstigen nun einmal für das Leben des Einzelnen wie jeder Gemeinschaft notwendigen Dingen verbunden ist, ein langer Weg. Ein zu langer Weg?

Eine an und für sich selbstverständliche Forderung wird 1985 in Erfüllung gehen, und wir haben Grund, Dank zu sagen allen, die mit uns für dieses Recht gestritten

haben, aber auch Dank an einen Mann, der in jungen Jahren das Amt des Ministerpräsidenten des Landes übernahm und uns zu unserem Recht verhalf. Viele in der Volksgruppe werden mit Recht sagen: warum für etwas danken, das einem von Rechts wegen zusteht? Ich möchte trotzdem mit ebenso vielen anderen meinen, daß es uns gut ansteht, Dank zu sagen. Mit diesem Beschluß wurde wiederum ein Zeichen gesetzt, der Minderheit eine Hoffnung gegeben. Hoffnung, daß dieser Entschluß der Landesregierung für Kreise und Gemeinden ein Anstoß sein möge, gleiches zu tun.

Ohne in Einzelheiten zu gehen, es gibt noch viel zu tun — und hier möchte ich dazu auffordern, sich den letzten Teil des Reklameslogans zu Herzen zu nehmen. Warum gibt es noch immer Probleme mit der Gleichbehandlung der kulturellen Arbeit, mit den Zuschüssen zur Schülerbeförderung, der Gleichbehandlung bei den öffentlichen Zuwendungen für die Kindergärten? Die absoluten Beträge können nicht der Grund sein; keine Gemeinde würde den finanziellen Zusammenbruch erleben. Wenn gespart werden soll, müssen alle — Mehrheit und Minderheit — sparen.

Ich begrüße die positiven Stellungnahmen der deutschen Grenzverbände zu den Entschlüssen der Landesregierung. Der leicht verschleierte Nachsatz, daß die Möglichkeiten der Grenzverbände hierdurch nicht eingeschränkt werden dürften, wundert einen realistischen Betrachter der Situation im Grenzland.

Wie stellt sich diese Situation heute dar?

Ein uneingeschränktes, fast erdrückendes Übergewicht der Mehrheitsbevölkerung auf fast allen Gebieten! Ist da die Arbeit der Grenzverbände noch erforderlich? Ist die Minderheit mit ihrem einen Landtagsabgeordneten, mit ihrer kleinen Zeitung, mit ihren knapp 6 000 Schülern immer noch eine „Gefahr“, der mit besonderen Mitteln entgegengetreten werden muß? Mißverstehen Sie mich bitte nicht, ich kenne viele der Mitarbeiter in den Grenzverbänden und habe mit einzelnen gut zusammengearbeitet, ich empfinde aber den vorgenannten Nachsatz in den Erklärungen der Grenzverbände als eine unnötige Einschränkung einer an sich positiven Einstellung.

Ein friedliches Zusammenleben der Bevölkerungsteile kennzeichnet unsere Heimat. Man hat sogar von einem Modellfall gesprochen. Hier muß man jedoch die Einschränkung machen, daß das Leben der Minderheit auch heute noch nur durch die Zuschüsse aus dem Mutterland möglich gemacht wird. Ohne diese würde keine Schule, kein Kindergarten, so gut wie keine größere kulturelle Veranstaltung möglich sein.

Der Ministerpräsident unseres Landes, Herr Dr. Dr. Uwe Barschel, hat ebenso wie der Oppositionsführer, Herr Björn Engholm, erklärt, daß Minderheiten auf bestimmten Gebieten besser als die Mehrheitsbevölkerung gestellt werden müßten, um gleichberechtigt zu sein. Eine Erkenntnis, die wohl lange benötigen

wird, ehe sie politische Wirklichkeit wird. Ein Beispiel kann vielleicht die Richtigkeit dieser Einstellung verdeutlichen. Der Zuschuß, der 1985 für die Schulen der Minderheit gezahlt wird, wird ca. 60 % der tatsächlichen Kosten ausmachen. Kleine Schulen und lange Schulwege, mehr wöchentliche Unterrichtsstunden, werden ein Minderheitenschulwesen immer teurer sein lassen als das der Mehrheitsbevölkerung. Aber abgesehen davon, woher das Geld kommt, wir leben gut miteinander, oder besser gesagt nebeneinander.

Mein Eindruck ist, daß der Großteil der Mehrheitsbevölkerung nichts oder nur sehr wenig von der Minderheit, ihrem Leben, ihren Organisationen und Einrichtungen weiß.

Man kann diesem Umstand viele Namen geben:
mangelnde PR-Tätigkeit der Minderheit selbst,
Gleichgültigkeit der Mehrheitsbevölkerung,
Bedeutungslosigkeit der Minderheit,
Egoismus der Mehrheitsbevölkerung, die nur sich selbst und ihre eigenen Probleme sieht.

Die Reihe schlagwortartiger Überschriften ließe sich fortsetzen.

Was weiß der Nachbar über uns? In seiner Zeitung liest er selten etwas über uns. Im Fernsehen hört er vielleicht bei der Landtagswahl, daß Herr Meyer gewählt, nicht gewählt, doch gewählt ist. Aber sonst, der Nachbar, der fast nicht die Geschichte seiner eigenen Heimat kennt, wie kann er etwas von dem Wesen der Minderheit verstehen? Der Vorwurf der selbstgewählten Isolation, des Sich-abkapselns, kommt dann postwendend. Wie schwer der Balanceakt zwischen Öffnung und Abschottung ist, können wohl nur Angehörige der Minderheit verstehen. Nehmen Sie einen Sportverein! Öffnet er sich zu weit, wird er nach der nächsten Generalversammlung einen deutschen Vorstand haben. Kein Kenner der Verhältnisse kann meinen, daß deutsche Mitbürger, die einem solchen Verein beitreten, sich der dänischen Sprache bedienen würden. Ich entnehme den Spalten des „Nordschleswigers“ von Zeit zu Zeit etwas von den Problemen, die eine zu große Öffnung minderheitenfremden Personen gegenüber mit sich führen können. Meine Meinung zu diesem Thema ist, daß wir offen sein müssen für alle, die etwas mit ihrem Beitritt zur Minderheit meinen. Mitglieder aufzunehmen, die nur wegen der teilweise guten Einrichtungen, oder weil es so gemütlich ist, halte ich für verkehrt. Damit ist nicht gesagt, daß wir passiv zusehen sollten, wie die Minderheit sich langsam zu Tode schrumpft. Die Arbeit hat sich aber auf die zu konzentrieren, die aus Überzeugung zur Minderheit stoßen.

Der Vorwurf, der uns oft gemacht wird, wir würden zu wenig offen sein, wird meiner Meinung nach widerlegt durch die Mitarbeit von über hundert Vertretern der Minderheit in den politischen Gremien des Landes, der Kreise und Gemeinden. Diese Arbeit oder besser gesagt Mitarbeit, kommt in der deutschen Presse nur

ganz gering zum Ausdruck; dies ist bedauerlich. Das Desinteresse der Mehrheitsmedien darf die Minderheit jedoch nicht daran hindern, überall, wo es nur möglich ist, sich selbst darzustellen. Es kann nicht angehen, die Mehrheit anzuklagen, wenn man aus eigener Bequemlichkeit nicht überall dort mitarbeitet, wo dies nur möglich ist. Ich bin daher froh, daß es in Flensburg gelungen ist, daß wir alle, Deutsche und Dänen, das 700jährige Jubiläum unserer Heimatstadt zusammen feiern.

Für diejenigen, die Flensburg Avis lesen, wird es nichts Neues sein, daß einige unserer jungen Leute ein Identitätsproblem haben. Meine Meinung hierzu ist uneingeschränkt positiv. Ich meine, jede Minderheit sollte froh über eine Jugend sein, die sich über ihr Verhältnis zur Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung, die sich über ihre eigene Situation Gedanken macht.

Vor vielen Jahren hatten wir auch unser Generationsproblem. Ich erinnere gut, daß ich mit einigen dieser „modernen, rebellischen“ Jungen und Mädchen zu einer FUEV-Tagung zum Knivsbjerg sollte. Schlimmste Befürchtungen plagten den damaligen Geschäftsführer der dänischen Jugendvereine.

Ich habe dänische Jugendliche mit ihren Kollegen von der deutschen Volksgruppe nie so diskutieren gehört wie damals.

Es sollte uns freuen, daß wir junge Leute haben, die sich Gedanken über ihre Situation machen, und meiner Meinung nach besteht nicht der geringste Grund zur Sorge, solange wir die Äußerungen dieser jungen Menschen ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht in eine Ecke stellen, in die sie nicht gehören. Minderheitenarbeit ist Arbeit auf lange Sicht. In dieser Arbeit darf es keine Illusionen geben. Realitätssans, wie wir auf dänisch sagen würden, ist ein unabdingbares Gebot.

Hierzu gehört, daß man nicht davon ausgehen kann, daß jeder Schüler der dänischen Schule später eine Stütze der Minderheit sein wird. Daß man aber davon ausgehen muß, daß so gut wie jeder Schüler der Minderheitenschule mit einem Partner der Mehrheitsbevölkerung den Bund fürs Leben eingehen wird. Hierzu gehört, daß der Unterricht der Minderheitenschulen den Schüler — neben der nationalen Erziehung — in die Lage versetzen muß, sich im deutschgeprägten Erwerbsleben zu behaupten und durchzusetzen. Jedes Versäumnis hier wird sich sonst bitter rächen. Realitätssans bedeutet — darf zumindest bedeuten — daß Angehörige der Minderheit auch nur Menschen sind. Es braucht daher keine Verzweiflung auszubrechen, wenn ein Vortragsabend mal „dünn“ besucht ist.

Für den dänischen Bevölkerungsteil bedeutet eine realistische Betrachtungsweise auch die Erkenntnis, daß der starke Mitgliederzuwachs aus den Jahren 1945-48 stammt. Die damals 30jährigen sind heute um die 70, und diejenigen, die damals mit 40 Jahren im besten Alter waren, haben bald das 80. Lebensjahr erreicht. Heute müßten jedes Jahr 1000 neue Mitglieder zuwachsen, wollte man die

Mitgliederzahl im Südschleswigschen Verein halten.

Ebenso realistisch wird es sein, daran festzuhalten, daß die Interessen der Minderheit nur von ihren eigenen Vertretern wirkungsvoll geltend gemacht werden können. Daran ändern alle gutgemeinten Worte nichts. Die eigene politische Vertretung auf einer möglichst hohen Ebene muß daher eines der wichtigsten politischen Ziele der Minderheit sein.

Nur der Selbstbehauptungswille der Minderheit selbst wird ihr Weiterbestehen, ihre Weiterentwicklung garantieren. Man kann von der Mehrheitsbevölkerung sowie vom Herbergsstaat die Chancengleichheit auf allen Gebieten mit Recht fordern. Man kann mit Recht vortragen, daß schönen Worten Taten folgen müssen, aber letztendlich muß die Minderheit selbst leben und wirken wollen. Minderheiten streben nach Gleichberechtigung; haben sie sie, fehlt ihnen ein wichtiges Incitament. Minderheiten erziehen ihre Jugendlichen in den Schulen zu guten Repräsentanten ihres Volkes. Wenn diese sich dann eine Existenz im Mutterland selbst aufbauen, um ihrem Ideal so nahe wie möglich zu sein, sind sie für ihre Minderheit verloren. Sie sehen, es ist schwer, Minderheit zu sein, und dies nicht nur wegen der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch aus der Situation als Minderheit selbst heraus. Es ist darum eigentlich ein phantastisches und unverständliches Erlebnis zu sehen, wie überall in Europa sich Menschen zu ihrem Volkstum bekennen, wo ein Leben als Teil der Mehrheitsbevölkerung doch scheinbar um so vieles einfacher wäre. Vielleicht ist es der Reichtum, den das Leben und das Zuhause sein in zwei Kulturen bedeutet, der es trotz allem so spannend macht, der Minderheit anzugehören.

Unsere Mitgliederversammlung

Wieder einmal im Handwerkerhaus in Husum veranstaltete der Grenzfriedensbund am 5. Mai seine Jahresmitgliederversammlung 1984. Der Vorsitzende begrüßte die mit ca. 230 Anwesenden gut besuchte Versammlung. Er dankte etlichen Ehrengästen für ihr Erscheinen, unter ihnen vor allem dem Husumer Bürgervorsteher Karl Illner, dem deutschen Konsul in Apenrade Karl-Heinz Kohrmeyer, sowie den Landtagsabgeordneten Frau Irmlind Heiser und Uwe Gunnesson, Flensburg, Werner Liebrecht, Husum und Uwe Jensen, Schleswig. Die befreundeten Grenzverbände vertrat Uwe Lendt, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig. In mehreren Grußworten kam die Verbundenheit der Gäste mit der Arbeit des Grenzfriedensbundes zum Ausdruck. Anschließend erstattete der Vorsitzende seinen Geschäftsbericht, in dem er an die Reise-, Vortrags- und Kontaktveranstaltungen des Jahres 1983 erinnerte. Es folgte der Kassenbericht, den der Geschäftsführer Walter Harenberg abgab. Die Versammlung nahm ferner den Revisionsbericht, vorgetragen von Horst Kuhlmann, entgegen und erteilte dem Vorstand einstimmig Entlastung. Auch ein Antrag zur Änderung der Satzung, den der Vorstand einbrachte, um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Grenzfriedensbundes durch die Finanzämter sicherzustellen, wurde einstimmig angenommen.

Im weiteren Verlauf hielten die Generalsekretäre der beiden Minderheitenorganisationen, Karl Kring von Sydslesvigsk Forening und Peter Iver Johannsen vom Bund deutscher Nordschleswiger, Vorträge, die mit viel Beifall aufgenommen wurden. Wir drucken sie an anderer Stelle dieses Heftes ab.

In seinen Schlußworten hob der Vorsitzende die positive Entwicklung im Grenzland hervor, die sich auch darin zeige, daß namhafte Vertreter beider Minderheiten in derselben Veranstaltung des Grenzfriedensbundes zu Wort kämen und dabei offenbar auch nichts Besonderes fänden. Er dankte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Landesregierung für die finanzielle Sicherstellung unserer Arbeit und bat die anwesenden Mitglieder, durch aktive Werbung den allmählichen Rückgang der Mitgliederzahlen zu stoppen und vor allem jüngere Mitbürger für unsere Organisation zu gewinnen.

Mit dem üblichen gemeinsamen Mittagessen und einer Tasse Kaffee schloß die Jahresversammlung 1984 des Grenzfriedensbundes.

Artur Thomsen

Gedenkstätte soll an die Opfer des Konzentrationslagers Schwesing erinnern

Arbeitsgruppe legt erste Pläne zur Gestaltung des ehemaligen Lagergeländes vor

Das ehemalige Lagergelände des Konzentrationslagers Husum-Schwesing, das zwischen September und Dezember 1944 eines der über 70 Außenlager des KZ Neuengamme war, soll unverändert erhalten bleiben und unter möglichst niedrigem Kostenaufwand so hergerichtet werden, daß Schulklassen und Besuchergruppen einen Eindruck über Ausmaß und Umfang des Lagers bekommen können. Dies vereinbarte die Husumer Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager in einem Gespräch mit Landrat Dr. Klaus Petersen. Auf dem Gelände soll weiterhin durch Fotos und Reproduktionen ausgewählter Schriftstücke, die in einem kleinen Informationshaus unterzubringen sind, über Geschichte und Bedeutung des Lagers Husum-Schwesing aufgeklärt werden. Ehemalige Häftlinge in Frankreich, Holland, England und Dänemark, zu denen die Arbeitsgruppe in Husum seit der Veranstaltung im Januar 1983 ständig Kontakt hält, haben die Pläne ausdrücklich begrüßt und ihre Wünsche zur Gestaltung der Gedenkstätte eingebracht.

Seit der Veranstaltung am 30. Januar 1983, die im Husum-Hus den 50. Jahrestag der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zum Anlaß nahm, um ehemalige Häftlinge aus Dänemark und Holland über ihr Leiden im Lager Schwesing berichten zu lassen, haben mehrere Besuche von Lagerinsassen aus Frankreich, Dänemark, England und Holland stattgefunden. Bei diesen Besuchen entwickelte sich zwischen ihnen und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ein sehr freundschaftlicher Kontakt und stets bestand der Wunsch, die Stätte der schrecklichen Leiden noch einmal zu sehen, wo am 25. September 1944 1500 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Neuengamme in Viehwaggons der Eisenbahn ankamen, um dann in verfallene Baracken des Reichsarbeitsdienstes gepfercht zu werden, die 1938/39 für höchstens 400 Mann gebaut worden waren. Am 19. Oktober 1944 trafen dann noch weitere 1000 Häftlinge aus Hamburg ein, und das Elend in den Behausungen verschlimmerte sich. Kein Tag verging, ohne daß Tote fortgeschafft wurden, die an Auszehrung, Krankheit oder Peinigung gestorben waren.

Heute ist auf dem Gelände bei Engelsburg außer den Fundamentresten der Toilettenbaracken, einem Hydranten, dem Pumpenhaus und einem Teil der Küchenbaracke, die von einer Familie bewohnt wird, nichts mehr geblieben. Es gibt kein Hinweisschild und keine Information. Überlebende des Husum-Lagers finden das Gelände ohne die Hilfe von Eingeweihten nicht wieder, und sie lassen erkennen, daß es für sie gut und wichtig ist zu wissen, daß man sie hier bei uns nicht vergessen hat.

In Arbeitstagen mit anderen Initiativen, die sich um die mehr als 70 Außenkommandos des KZ Neuengamme bemühen, hat die Husumer Arbeitsgruppe erfahren, wie schwierig es ist, Gedenkstätten auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager zu errichten. Oft sind die Grundstücke im Besitz der Bundeswehr und werden dort für Wehrzwecke benutzt, so daß es nicht einmal möglich ist, das Gelände zu betreten oder Hinweistafeln anzubringen. Dies Problem gibt es beim Husumer Lager nicht, weil das Gelände in öffentlichem und privatem Besitz ist. Es könnte also in Nordfriesland eine auch für andere Außenlager vorbildliche Gedenkstätte errichtet werden.

Eine Gedenkstätte auf dem ehemaligen Lagergelände soll nach Ansicht der Arbeitsgruppe einen informativen Charakter haben, damit sie besonders von Schulklassen und Besuchergruppen angenommen wird. Eine Reihe von Lehrern aus dem Kreisgebiet hat bereits ihr Interesse gemeldet, einen Besuch auf dem Gelände mit ihrem Geschichtsunterricht zu verknüpfen.

Die Arbeitsgruppe hat folgenden Plan zur Gestaltung des Geländes vorgelegt:

- Das im Besitz der Bundesvermögensverwaltung befindliche Grundstück wird vom Kreis Nordfriesland erworben. Hier befindet sich das noch gut erhaltene Pumpenhaus. Es ist groß genug, um pädagogisch aufbereitetes Dokumentationsmaterial (Fotos, Pläne, Schriftstücke) aufzunehmen. Die Instandsetzung des auf rund 100 qm Grundfläche stehenden Hauses ist unproblematisch und verlangt einen geringen Kostenaufwand. Um das Grundstück herum wird ein schmaler Gehweg angelegt und ein Stacheldrahtzaun in der damals üblichen Form errichtet. Der Wunsch nach einem Zaun wurde von ehemaligen Häftlingen geäußert.
- Da Häftlingsbaracken heute nicht mehr vorhanden sind, wird ihre Lage durch Kiesaufschüttung, Heckenbewuchs oder ähnliche Markierung angedeutet und sichtbar gemacht. Ein auf dem Gelände befindlicher Hydrant wird in die Gestaltung integriert.
- Die Lagerstraße, die bis heute gut erhalten und sichtbar ist, wird mit einer Informationstafel versehen, da sie früher als Ersatz für den in anderen Lagern üblichen Appellplatz diente.
- Zur Information der Besucher werden Fotografien, Pläne und geschriebene Dokumente so hergestellt, so daß sie nicht ohne weiteres beschädigt werden können und allen Einflüssen der Witterung standhalten. Die Unterbringung kann in dem erwähnten Pumpenhaus erfolgen, das jederzeit zugänglich sein soll. Aufsichtspersonal ist nicht erforderlich.
- An den Bundesstraßen 200 und 201 sowie im Zentrum Husums werden Hinweisschilder aufgestellt, um auswärtigen Besuchern das Auffinden der Gedenkstätte zu erleichtern.

Die vorliegende Planung wurde von der Arbeitsgruppe mit überlebenden

Häftlingen aus Dänemark, Holland, Frankreich und England abgestimmt. Bisherige Rückmeldungen zeigten ihr Einverständnis, besonders die Hervorhebung des informativen Charakters der Gedenkstätte. Ebenfalls wurde der Leiter der Gedenkstätte Neuengamme, Dr. Ludwig Eiber, in die Vorbereitung eingeschaltet.

Die Arbeitsgruppe betont, daß im Zeichen der schwierigen Finanzlage der Kreise, Städte und Gemeinden nach Lösungen gesucht werden muß, um die Gedenkstätte Husum-Schwesing möglichst ohne großen Kostenaufwand herzustellen, aufwendige Ausführungen hätten nicht automatisch bessere Wirkung auf künftige Besucher. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, die Arbeiten beispielsweise im Rahmen von THW-Übungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder im Jugendaustausch der Kriegsgräberfürsorge durchzuführen.

Die Arbeitsgruppe legte kürzlich in einem Gespräch mit Landrat Dr. Klaus Petersen ihr Planungskonzept vor, nachdem in vorhergegangenen Sitzungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Stadt Husum und Bürgermeister Needer aus der Gemeinde Schwesing grundsätzliche Einstellungen zur Frage des Lagergeländes geklärt worden waren. Landrat Dr. Petersen äußerte sich zuversichtlich, was die Durchführung des Planes betrifft und sicherte zu, in absehbarer Zeit in Verhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung über den Erwerb des Teilgeländes zu treten. Es sei für die heute lebenden Menschen eine moralische Verpflichtung, der Opfer des Konzentrationslagers Schwesing aus neun Nationen zu gedenken und gleichzeitig für sich selbst und kommenden Generationen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. In diesem Sinne werde er die Einrichtung einer Gedenkstätte in Husum-Schwesing voll unterstützen, erklärte der Landrat abschließend.

Aus: Husumer Nachrichten, 4.4.1984.

*

Ausstellung zum Thema „Vergessen und Verdrängt“

Parallel zu dem Sammelband „Vergessen und Verdrängt – Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde – Eine andere Heimatgeschichte“ (siehe auch den Besprechungsteil dieses „Grenzfriedensheftes“) hat derselbe Kreis von Herausgebern und Mitarbeitern eine umfangreiche Ausstellung zu derselben Thematik erstellt. Über die ohnehin zahlreichen Illustrationen dieses Buches hinaus bringt die Ausstellung eine Fülle authentischen Materials, überwiegend in Form von Reproduktionen alter Bilder (zumeist aus Privatbesitz) und Dokumente, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus und seiner Folgen im lokalen Rahmen sehr anschaulich und damit nachvollziehbar machen.

Die Ausstellung wurde am 1. April 1984 in Anwesenheit von ca. 300 Gästen durch Oppositionsführer Björn Engholm und Rendsburgs Kultursenator Hornberger in der Volkshochschule in Rendsburg eröffnet und hat auch seither lebhaftes Interesse gefunden. Es hat sich gezeigt, daß sie sich nach Inhalt und didaktischer Konzeption auch gut als Ergänzung des Geschichtsunterrichts der Schulen eignet. Die Wanderausstellung war inzwischen auch in Nortorf und Eckernförde zu sehen. Soweit bisher überschaubar, soll sie noch in folgenden Orten gezeigt werden:

- 20.06.–02.08. Kiel, Stadtbibliothek, Holstenbrücke
- 05.08.–14.08. entweder Altenholz oder Kreis Segeberg
- 16.08.–19.08. Hanerau-Hademarschen
- 25.08.–03.09. Hohenweststedt
- 09.09.–21.09. Kronshagen
- 23.09.–05.10. Gettorf
- 07.10.–10.10. Aukrug
- 11.10.–21.10. Bordesholm
- 23.10.–02.11. entweder Altenholz oder Kreis Segeberg
- 04.11.–16.11. Flintbek

Danach sind folgende Orte vorgesehen: Hohn, Owschlag, Felde, Büdelsdorf, Schacht-Audorf.